

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.16/17 - 59. Jahrgang

29. August 2009



SPD-Aufruf zur Großdemo am 5. September.

## 5. September: Großdemo für den Atomausstieg

**Unter dem Motto "Mal richtig abschalten" kommen am 5. September Atomgegner aus ganz Deutschland zur Großdemonstration nach Berlin. Die Berliner SPD ruft zur Teilnahme auf. Der Demonstrationzug startet um 13 Uhr am Hauptbahnhof, Treffpunkt der Berliner SPD ist um 12.30 Uhr am Washingtonplatz/Ecke Friedrich-List-Ufer.**

In der rot-grünen Regierung hat die SPD den Atomausstieg beschlossen. Mit ihr wird es keine Renaissance der Atomkraft geben, sie setzt stattdessen auf Klimaschutz und neue Energie.

Alleine durch Energieeffizienz lassen sich 260.000 neue Arbeitsplätze bis zum Jahr 2020 schaffen, 77 Millionen Tonnen des klimaschädlichen CO<sub>2</sub> vermeiden und 19 Milliarden Euro Energiekosten sparen. Das geht aus einer neuen Studie hervor, die das Bundesumweltministerium (BMU) veröffentlicht hat. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel: "Es lohnt sich, viel stärker auf Energieeffizienz zu setzen. Investitionen haben hier eine besonders große Wirkung. Eine bessere Energieeffizienz schafft neue Arbeitsplätze im Bereich der grünen Technologien. Sie senkt den Ausstoß von Treibhausgasen. Und sie entlastet Privathaushalte, Kommunen und Unternehmen von hohen Energiekosten." **PM □**

### Bundestagswahl:

## „Wir packen das gemeinsam“

Start in die heiße Wahlkampfphase - Aktionstage in Berlin

Nach dem Wahlkampfauftakt der Berliner SPD mit Frank-Walter Steinmeier und Klaus Wowereit am Potsdamer Platz ist der SPD-Kanzlerkandidat jetzt auf Tour durch Deutschland. Seine Botschaft: „Wir packen das gemeinsam.“

Die zweite Plakatserie startet, TV- und Kino-Spots werden den Wahlkampf unterstützen, ein breites Angebot steht im Internet zur Verfügung. Die SPD setzt aber vor allem auch auf direkte Gespräche an Infoständen, am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft, um die Unterschiede deutlich zu machen. Es geht um das Festhalten am Atomausstieg und die Förderung erneuerbarer Energien, um gute Arbeitsbedingungen und Mindestlöhne, um bessere schulische Förderung und gebührenfreie Bildung, um wirkliche Gleichstellung und eine tolerante und solidarische Gesellschaft. Steuersenkungsversprechungen hält die SPD für unverantwortlich. Mit seinem Deutschland-Plan beschreibt Frank-Walter Steinmeier einen konkreten Weg aus der Krise - anders als CDU, CSU und FDP.



Frank-Walter Steinmeier und Klaus Wowereit.

Foto: Horb

An mehr als 70 Infoständen werden Berliner SPD-Mitglieder an diesem Wochenende Informationen zur Bildungspolitik verteilen. Flyer und Flugblätter zeigen die Ziele der Berliner Schulstrukturreform auf. Die bildungspolitischen Aktionstage der Berliner SPD werden ein Wochenende später fortgesetzt: Wie schon in den Vorjahren werden dann Materialien zur Einschulung verteilt. **□ siehe auch S.2 - 5**

➡ Überblick über die Infostände: [www.spd-berlin.de/aktionstage](http://www.spd-berlin.de/aktionstage)

### Konzert:

## Nazis aus dem Takt bringen

Auftritte am 6. September im Stadion „An der Alten Försterei“

**Im Berliner Stadion „An der Alten Försterei“ findet am 6. September das große Abschlusskonzert von "Nazis aus dem Takt bringen" statt. Neben dem 1. FC Union Berlin, der sein Stadion großzügig zur Verfügung stellt, unterstützt auch der Pop-Art-Künstler Jim Avignon mit einem exklusiv erstellten Plakat das große Konzertereignis gegen Rechts.**

Mehr als 300 Bands hatten an dem Wettbewerb "Nazis aus dem Takt bringen" teilgenommen. Zehn wurden von einer hochkarätigen Jury ausgewählt und stellten sich dem Voting auf Myspace. Jetzt stehen die Gewinner fest: Nach dem Voting auf My-

space hat sich die Band Cosma durchgesetzt. Die Berliner Musiker wurden mit

### IN DIESER AUSGABE:

KNAPPE KASSEN IN BERLIN	S.2
STOLPERSTEINRUNDGANG	S. 8
DIE ZUKUNFT VON TEGEL	S. 8
RÜCKBLICK 1989	S. 13

"Kopfkino" auf den ersten Platz gewählt, gefolgt von HeMaTom (Colditz, Sachsen) mit "Was jetzt?" und Empty Guns (Leipzig) mit "it's damn broke". Ihre Songs erscheinen außerdem auf einer Schulhof-CD mit sieben weiteren Bands aus dem Wettbewerb. **BS □**

Bundestagswahl:

# Wahlkampf gegen Nichts

## Schwarz-gelb will ohne Inhalte an die Macht

**Klar: Wirklich spurlos gehen aktuelle Umfragen und hämische Zeitungskommentare an Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten derzeit nicht vorbei. Das ist sicher auch so beabsichtigt. Denn es gibt Verbände, Interessengruppen und Verlage, die sich eine Regierung ohne SPD-Beteiligung wünschen. Und ihnen schließen sich rasch auch all jene Meinungslosen an, die im allgemeinen Strom mitschwimmen wollen.**

Allein gegen alle - das kann in der SPD auch Kräfte wecken. Wichtige Weichenstellungen stehen in der nächsten Legislaturperiode an - nicht irgendwann in ferner Zukunft. Ob bei den Regelungen für die Finanzmärkte, in der Bildungspolitik, in der Förderung umweltfreundlicher Technologien, im Festhalten am Atomausstieg. Abhaken kann diese Wahl niemand so einfach.

Wer nicht sagt, was er machen wird, muss auch keine Kritik einstecken. Nach diesem Motto will die CDU offenbar ihren Umfragevorsprung über die Zeit retten. Fußballspieler wissen: Das Spiel auf Zeit kann schief gehen. Und es wirkt lähmend - ganz so wie die schwarz-gelbe Ära unter Helmut Kohl. Im Rückblick ist es eine Zeit, in der wesentliche Entscheidungen und Reformen nicht angepackt wurden. Deutschland war nicht fit für die wirtschaftlichen Herausforderungen, hatte ein veraltetes Staatsbürgerschaftsrecht, ein starres Bildungssystem, bot Frauen nicht die gleichen Chancen. Erst das rot-grüne Reformprojekt sorgte, wenn auch anfangs etwas holprig, für frischen Wind, Kreativität, bessere Chancen und eine Modernisierung des

Landes. CDU und FDP setzten dem bereits im Wahlkampf von 2005 ihre Vorstellungen vom Abbau von Arbeitnehmerrechten und Steuervorteilen für Besserverdienende entgegen.

Dass es dazu nicht kam, ist dem engagierten Wahlkampf der SPD und ihrem Eintritt in die Große Koalition zu verdanken. Mindestlöhne und Bafög-Erhöhung, Schulstarterpaket, Antworten auf die Finanzkrise - die SPD hat eine soziale Politik erzwungen. Wenn heute keine wirkliche Wechselstimmung bei den Wählerinnen und Wählern vorhanden ist, liegt das an einer erfolgreichen Arbeit der SPD in der Koalition. Nicht einmal ein Drittel der Wähler will schwarz-gelb als Regierungskoalition.

Würden allerdings die Sonntagsfragen wahr, dann käme es zu einem dramatischen Wechsel. Schwarz-gelb, das heute lieber nicht verrät, was es politisch will, sich aber schon mal kräftig über die verteilenden Ministerien verzankt, würde einen neuen Kurs einschlagen. FDP und Rechtskräfte in der CDU könnten den Ton angeben, um Guttenberg-Papiere umzusetzen, Mindestlöhne wieder abzuschaffen und staatliche Leistungen zu reduzieren. Die Kanzlerin, die sich selbst ungerne festlegt, wird auch da ihre Flexibilität beweisen. Sie war und ist eben nicht der Garant für soziale Politik.

Bei den Landtagswahlen in Thüringen und im Saarland könnte sich an diesem Wochenende zeigen, dass schwarz-gelbe Bündnisse nicht so selbstverständlich Mehrheiten finden. Vier Wochen Zeit hat die SPD noch, um weiter Druck auf CDU und FDP zu machen, sich dem Wahlkampf zu stellen. Es wird spannend. **U. Horb** □

## Begrenztes Budget

### Senat beschließt Berlins Finanzplanung bis 2013

**2007 hatte Berlin nach Jahren strikter Konsolidierungspolitik damit begonnen, seine Schulden abzubauen. Die internationale Finanzkrise und die Beteiligung an den Konjunkturprogrammen, mit denen Arbeitsplätze gesichert werden sollen, führten auch in Berlin wieder zu einer stärkeren Verschuldung. In seiner Finanzplanung bis 2013 setzt der Senat jetzt auf eine deutliche Reduzierung der Mehrausgaben.**

Finanzsenator Ulrich Nußbaum: „Um die Verschuldung einzugrenzen, müssen wir innerhalb absehbarer Zeit einen ausgeglichenen Haushalt herbeiführen. Das gilt um

so mehr, als spätestens 2020 durch das grundsätzliche Gebot der so genannten Schuldenbremse eine Neuverschuldung nicht mehr möglich ist.“

Die jetzt vom Senat beschlossene Ausgaben-Anpassung bezweckt außerdem, dass Berlin die Voraussetzungen für den Erhalt von Konsolidierungshilfen erfüllen kann, auf die nach den Beschlüssen zur Föderalismuskommission II fünf Länder, darunter auch Berlin, Anspruch haben. Unabhängig davon erwarte Berlin, so Nußbaum, dass der Bund seine Gesetzgebungskompetenz im Steuerrecht dazu nutzt, um eine auskömmliche Finanzierung der Länder sicherzustellen. **PM** □

## POLITIK PERSÖNLICH



*Vorwärts-Sommerfest: In der Kulturbrauerei trafen sich Anfang August Künstler, Politiker, Gewerkschafter und Journalisten zum Gedankenaustausch. Mit dabei: Innensenator Ehrhart Körting und Wolfgang Thierse, in dessen Bundestagswahlkreis das Fest stattfand. Frank-Walter Steinmeier und Franz Müntefering nutzten die Gelegenheit, noch einmal deutlich zu machen: Die Wahl ist offen - engagierter Wahlkampf wird sich auszahlen.*  
Foto: Horb

**Burkhard Bundt (65)**, lange Jahre in der Berliner IG Metall an verantwortlicher Position, ist das vom Bundespräsidenten verliehene Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht worden. Damit wird sein langjähriges Engagement im Bereich der beruflichen Bildung und sein Einsatz für die Berliner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewürdigt. Staatssekretär Jens-Peter Heuer: „Als Mitglied der Berliner IG Metall-Geschäftsführung hat er sich dafür eingesetzt, dass die Betriebsräte in den extrem unterschiedlich entwickelten Ost- und West-Berliner Industriebetrieben sich den Herausforderungen der neuen Zeit stellen konnten. Außerdem war Burkhard Bundt grundlegend am Aufbau einer Gesamtberliner IG Metall beteiligt.“ Burkhard Bundt war Mitglied der Sonderkommission „Ausbildungsplatzsituation“ beim Regierenden Bürgermeister von Berlin und auch Mitglied des Landesausschusses für Berufsbildung Berlin. **PM** □

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin  
**Verlag:** wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORRekt Mailingservice Berlin



Wahlwürfel:

# Starker Auftakt in Berlin

Mit der Enthüllung des „Wahlwürfels“ startete die Berliner SPD in die heiße Phase

Mit der Enthüllung des "Wahlwürfels" durch den SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier ist die Berliner SPD in die heiße Phase des Wahlkampfes gestartet. Mit dabei: der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit und die zwölf Direktkandidatinnen und -kandidaten.

Auch am Dienstagvormittag war der Wahlwürfel noch am Potsdamer Platz zu finden. Von da aus zog er auf Deutschlandtour. Die mehr als sechs Meter hohe mobile Infostation der SPD hat zahlreiche multimediale Angebote. So können Besucher gezielt die Informationen zu Themen zusammenstellen und ausdrucken, die sie interessieren. Der Würfel, so Dietrich Boelter von der Agentur Face2net, verknüpft den Online-Wahlkampf mit den Straßenaktivitäten der SPD.

SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier und Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit machten deutlich: Die SPD setzt im Wahlkampf auf Informationen und Dialog. Das zeige sich am Beispiel des Wahlwürfels, an dem Broschüren, Flugblätter und das Wahlprogramm zur Verfügung stehen. Die SPD



Potsdamer Platz: Kajo Wasserhövel, Frank-Walter Steinmeier, Klaus Wowereit, Eva Högl. Foto: Horb

startete eine Aufholjagd, um Deutschland nicht den Kräften zu überlassen, die die Voraussetzungen für die Finanzkrise geschaffen haben. Offensiv will Frank-Walter Steinmeier auch für die Ziele werben, die im Deutschland-Plan enthalten sind: bessere Bildung, eine Modernisierung der

Wirtschaft, eine vernünftige Energiepolitik und Maßnahmen zur Schaffung und Förderung neuer Jobs, ob in der Kreativwirtschaft, in umweltfreundlichen Technologien oder in der Pflege. Dies sei machbar, wenn man die Weichen richtig stelle, so der SPD-Kanzlerkandidat. **BS** □

## Eisaktion, Kunstauktion, Lesung, Stände...

Die Berliner SPD-Kandidaten nutzen viele Möglichkeiten, Menschen anzusprechen

Das rote SPD-Eis kam als willkommene Überraschung: An den vergangenen Wochenenden waren die Jungen Teams unterwegs an Badestellen und in Parkanlagen und verteilen neben Informationen auch kleine Erfrischungen. Mit ihren Aktionen begleiteten sie Wolfgang Thierse oder Jörg Stroedter, Mechthild Rawert, Klaus Uwe Benneter oder - am vergangenen Sonntag - Petra Merkel.

Aktionen, die ankamen und zu zahlreichen Gesprächen führten. Denn das ist im Moment das entscheidende: die persönliche Begegnung mit den Menschen, die sich informieren wollen. Petra Merkel hat mit vielen Ständen auf den Märkten im Wahlkreis um Unterstützung geworben, Eva Högl platzierte ihr rotes Sofa gut sichtbar auf der Straße oder lud zur gutbesuchten Kriminacht mit den Autorinnen Anja Feldhorst, Iris Leister und Horst Bosetzky in den Moabiter Kiez. Fritz Felgentreu freute sich über die Resonanz auf seinen Politikcheck, der bei einem Besuch von Abgeordnetenhaus oder Bundestag eingelöst werden konnte. Mit kleinen Videos informiert er zudem über seine Ziele im Internet.



Klaus Wowereit bei der Eröffnung des WAHLlokals von Björn Böhning und den Jusos in Friedrichshain.

Eine Kunstauktion im Rahmen eines Kulturempfangs im Haus am Waldsee hatte die Initiative „Erststimme für Klaus Uwe Benneter“ organisiert, der Reinerlös kommt der Bürgerstiftung Steglitz-Zehlendorf zugute. Kajo Wasserhövel lud zur Dampferfahrt mit dem Regierenden Bürgermeister auf dem Müggelsee und Björn Böhning hat gemeinsam mit den Jusos einen Treffpunkt im Friedrichshainer Kiez eingerichtet: Im WAHLlokal in der Grünberger Str. 84 finden allabendlich Veranstaltungen, Film-



Eva Högl begrüßt die Autoren Anja Feldhorst, Iris Leister und Horst Bosetzky zur Krimilesung in Moabit.

vorführungen und Diskussionen statt. In Spandau setzt Swen Schulz seine Kümmerertour fort, mit der er sich nicht nur in Wahlkampfzeiten der kleinen und großen Sorgen annimmt. Wolfgang Thierse setzt seine Talkrunde „Thierse trifft“ mit zahlreichen Veranstaltungen im September fort. Eva Högl wird in Mitte an diesem Wochenende die Wartenden bei der langen Nacht der Museen mit Traubenzucker aufmuntern. Wer bei den vielen Aktionen mithelfen will, kann sich melden: 4692 222. **BS** □

Veranstaltungsreihe:

# „Auf ein Wort, Frau Rawert“

## „Sommerfrühstücke“ mit Vereinen und Verbänden in Tempelhof-Schöneberg

„Lebendig. Mit vielen wertvollen Informationen für mich. Gut für die Vernetzung untereinander und auch mit mir. Hat Spaß gemacht“ - so lautet das Fazit von Mechthild Rawert nach ihren Sommerfrühstücken 2009. Vor Beginn der heißen Wahlkampfphase hat sich die Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete mit zahlreichen VertreterInnen von Vereinen, Initiativen, Verbänden und Wohlfahrtsorganisationen im Rahmen von „Sommerfrühstücken“ zum Gespräch getroffen. Für die BERLINER STIMME zieht sie eine Bilanz ihrer Treffen.

Wo drückt der Schuh? Was wollen mir MultiplikatorInnen aus den Bereichen Integration, Frauen, Jugend, Schwule und Lesben, Umwelt, SeniorInnen, Gesundheit / Soziales sowie Pflege für die sozialdemokratische Politik in der nächsten Legislaturperiode mit auf den Weg geben? Das wollte ich in der Reihe „Auf ein Wort mit Mechthild Rawert“ erfahren.

Gut angekommen ist auch, dass die Sommerfrühstücke 2009 bei sozialen Projekten und Trägern in Tempelhof-Schöneberg selbst durchgeführt wurden. Zahlreiche Einladungen zu Projektbesuchen sind erfolgt.

### AUFWERTUNG VON GESUNDHEITSBERUFEN

Gleich zu Beginn des Frühstücks mit VertreterInnen aus dem Bereich Gesundheit / Soziales wurde die klare Forderung gestellt, PolitikerInnen müssten viel mutiger sein.

Als besonders dringlich wurde die Aufwertung der Gesundheitsberufe erachtet. Eine Forderung, die auch seitens der MultiplikatorInnen aus dem Pflege- und SeniorInnenbereich unterstrichen wurde: Berufe, in denen Menschen für Menschen arbeiten, müssen attraktiver werden.

Mit rund 4,3 Millionen Beschäftigten arbeiten in der Gesundheitswirtschaft mehr Menschen als in der Automobilindustrie, sie werden aber deutlich schlechter bezahlt. Schluss mit der Diskriminierung der bis dato frauendominierten Berufe - das muss die Konsequenz daraus für die SPD sein.

Begrüßt wird unsere Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn. Entsprechendes wird auch von den Fraueninitiativen und -verbänden gefordert: gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern, Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut sowie die stärkere Unterstützung von älteren Frauen.



Diskutierten die Gesundheitspolitik: Frühstücksgäste von Mechthild Rawert.

Foto: Büro Rawert

### ENERGIESPAREN FÜR GERINGVERDIENERINNEN

Angesichts steigender Strompreise wird das Thema Energiesparen gerade auch für gering verdienende Menschen immer wichtiger. Deshalb hat mich bei diesem Frühstück mit den Umweltverbänden gefreut, zwei Vor-Ort-Projekte begrüßen zu können, die sich dieses Themas angenommen haben: die Energiesparberatung vom BUND und dem Nachbarschaftsheim Schöneberg sowie der "Stromsparcheck" von der Berliner Energieagentur und der Caritas. Anders als bei Sozialtarifen helfen diese Maßnahmen den Menschen zielgenau beim Energiesparen und tragen aktiv zum Klimaschutz bei. Bürgerschaftliches Engagement sei stärker auszubauen.

### MEHR BILDUNG UND BESSERE ANERKENNUNG VON AUSLÄNDISCHEN ABSCHLÜSSEN

Dringenden Handlungsbedarf sehen die Verbände aus dem Integrationsbereich: Bildung ist Integration, Integration ist Bildung - sowohl für die Kinder als auch die Eltern. Hochproblematisch sei das Fehlen von modularisierten Angeboten mit dem Ziel der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse. "Der Fachkräftemangel wartet nicht", so Gülsen Aktas, Kosmopolita-Preisträgerin 2009 und Leiterin der Freizeitstätte Huzur.

### KONZEPTE GEGEN MEHRFACHDISKRIMINIERUNG ERFORDERLICH

Als positive erste Schritte bewerteten die VertreterInnen aus der schwul-lesbischen Community gesetzlichen Änderungen wie etwa das Transsexuellengesetz oder das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Der Community ist bekannt, dass die CDU/CSU

die BlockiererIn auf dem Wege zu mehr Teilhabegerechtigkeit ist und die SPD sich aktiv für Regenbogenfamilien, für die Gleichstellung von Lebenspartnerschaften und gegen Hasskriminalität einsetzt. Gesetzgeberischen Handlungsbedarf sieht die Community bei der Bekämpfung von Ungleichbehandlungen aufgrund mehrerer Diskriminierungsmerkmale.

### JUGENDARBEIT IST AKTIVE ARBEIT AN DER DEMOKRATIE

VertreterInnen von Jugendhilfeeinrichtungen und -verbänden, u.a. von den Falken, fordern ebenso wie Angelika Schöttler, Bezirksstadträtin für Familie, Jugend, Sport und Quartiersmanagement, "Hände weg vom § 11 des Sozialgesetzbuches VIII!" (Paragraph zur Förderung der Jugendarbeit, Anm: d. Verf.) Sie alle fürchten, dass auf Grund von Sparwängen öffentliche Jugendfreizeiteinrichtungen verstärkt an freie Träger übertragen werden. Jugendliche seien politisch, agieren aber zumeist außerhalb der etablierten Strukturen. Darauf muss sich die institutionalisierte Politik stärker orientieren, so ein Resümee.

Jugendarbeit ist aktive Arbeit an der Demokratie. Ich unterstütze Jugendinitiativen wie das europäische SchülerInnennetzwerk „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ oder auch Aktivitäten wie das Jugendwahlprojekt U18.

„Auf ein Wort mit Mechthild Rawert“ hat mir einmal mehr gezeigt: Die Tempelhof-SchönebergerInnen wissen sozialdemokratischen Erfolge sehr wohl zu schätzen. Die mir auf den Weg gegebenen Anregungen und Forderungen spiegeln sich in hohem Maße in unserem Regierungsprogramm "sozial und demokratisch" und in Frank-Walter Steinmeiers Deutschlandplan wieder. Das macht mir Mut zum Träumen, daher auch meine Kraft zum Handeln.

**Mechthild Rawert** ☐



## Rückmeldung:

Carolin Mahn:

## Offener Umgang

**Rückmeldung zum Wahlkampfgeschehen: Für die BERLINER STIMME kommentiert Internet-Bloggerin Carolin Mahn den Wahlkampf aus der Außenansicht.**

Wahlplakate dominieren mittlerweile das Straßenbild. Und auf einigen stehen sogar Botschaften. Zugegeben, mehrheitlich Allgemeinplätzchen, aber immerhin klare Aussagen und auch klare Abgrenzungen zum politischen Gegner (Stichwort Studiengebühren).

Die stillschweigende Abkehr von den Inhalten der Agenda 2010 allerdings teilt mir niemand so offen mit. Die Widersprüche zwischen Deutschland-Plan mit seiner Forderung nach Mindestlohn und einer besseren Mittelstandsförderung und dem Schröderschen „Machwerk“ werden nicht von der SPD selbst aufgenommen oder gar aufgeklärt. Rudolf Hickel hat dieses unkommentierte Abwenden als eine Glaubwürdigkeitslücke bezeichnet und in meinen Augen hat er Recht damit.

Dabei ist der Kurswechsel an sich gut. Und das nicht nur inhaltlich. Er zeugt von programmatischer Evolution jenseits reiner Ideologie und von der Fähigkeit, sich von getroffenen Entscheidungen auch distanzieren, von eingeschlagenen Wegen abwenden zu können. Ein offenes Eingeständnis dieser Entwicklung wäre hier eine sehr angenehme Abwechslung von der nicht nur im Wahlkampf weitestgehend einseitigen Sicht der Parteien auf sich selbst und auf ihresgleichen.

Bisher hat sich die SPD das Zepter der Deutungshoheit darüber vom Feuilleton aus der Hand nehmen lassen. Ein offenerer Umgang würde ihr allerdings nicht nur in Zeiten des Wahlkampfes gut zu Gesicht stehen. □

## Erfahrung packt an - im Wahlkampf

Berliner Unterstützertreffen: Nur eine starke SPD verhindert eine marktliberale Politik

**Heidemarie Fischer, stellvertretende Landesvorsitzende der AG 60 plus wäre „lieber gleich auf der Straße, im Gespräch mit den Bürgern“ gewesen. Aber das Treffen der Berliner Unterstützer von „Erfahrung packt an“ machte auch deutlich: Gerade die älteren Berlinerinnen und Berliner wissen aus ihrem Erleben, warum eine starke SPD in der Regierung wichtig ist.**

Der Vorsitzende der Berliner Arbeiterwohlfahrt Hans Nisblé fürchtet bei einer schwarz-gelben Regierung „tiefe Einschnitte in das soziale Netz“. Für die Mehrheit der Menschen werde es auch nicht die ver-

## Deutschland-Plan:

## Ehrgeizige Ziele

Steinmeier: Mit Arbeitslosigkeit nicht abfinden

**Er hat Ziele gesetzt - keine Versprechen gemacht. In seiner Rede vor der Karl-Schiller-Stiftung in Berlin hat SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier zu einem Neustart der sozialen Marktwirtschaft aufgerufen. Die Schaffung von vier Millionen Arbeitsplätzen bis 2020 in seinem Deutschland-Plan sei zwar ehrgeizig, aber auch realistisch - wenn möglichst bald die richtigen Weichenstellungen erfolgen.**

In den nächsten zehn Jahren will die SPD Vollbeschäftigung und eine gerechtere Einkommensverteilung erreichen. Unternehmen sollen sozial und ökologisch nachhaltig investieren und verantwortlich handeln. Es geht um die volle Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Wirtschaft, und es geht um entschlossene Haushaltskonsolidierung. Dem Deutschland-Plan liegen wissenschaftliche Untersuchungen und Gespräche mit Experten zugrunde.

Die Hälfte der neuen Jobs kann über eine ökologische Neuorientierung der Wirtschaft entstehen. Steinmeier: „Im neuen Jahrzehnt werden die Unternehmen weltweit versuchen, Energie und Rohstoffe effizienter einzusetzen. Weil die Weltbevölkerung wächst, weil sich das Klima schon jetzt verändert. Und weil es einfach Geld spart. So entsteht Nachfrage nach einer ganzen Palette an neuen, sparsamen Technologien für Verkehr, Gebäude, Haushalte, für die Industrieproduktion und für umweltfreundliche Energieerzeugung. Bis 2020 kann sich das weltweite Marktvolumen für grüne Technologien und Dienstleistungen verdoppeln. Dadurch können in Deutschland zwei Millionen neue Jobs ent-



Frank-Walter Steinmeier.

Foto: Horb

stehen. Studien belegen das.“ Vor allem den Mittelstand will der SPD-Kanzlerkandidat weiter stärken. Ein deutlicher Zuwachs an Arbeitsplätzen kann zudem im Pflegesektor entstehen.

Die Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung liegt vor allem in hervorragender Bildung für alle. Das heißt: Keine Gebühren von der Kita bis zur Hochschule, eine Aufwertung von Lehrer- und Erzieherberufen und deutlich bessere Integration von Kindern mit Migrationshintergrund.

Sorge hat Steinmeier, dass die klaren Regeln für die internationalen Finanzmärkte, die als Konsequenz der Krise entwickelt wurden, nicht umgesetzt werden. „Wir müssen dafür sorgen, dass sich das Fenster für umfassende Reformen nicht wieder schließt, bevor wir die notwendigen Maßnahmen durchgeführt haben.“

„Setzen wir uns ehrgeizige Ziele!“, so Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede vor der Schiller-Stiftung. „Trauen wir uns gemeinsam etwas zu, nur so kann Großes entstehen.“ **BS □**



Hans Nisblé, AWO-Landesvorsitzender. Foto: Horb

sprochenen Steuersenkungen geben, so Nisblé, allenfalls Erleichterungen „für die Unternehmer zu Lasten der Kleinen.“ Die

Marktliberalen dürften nicht im alten Stile weitermachen. Nisblé: „Wie würde es bei uns aussehen, wenn die SPD nicht regiert hätte?“

Wolfgang Thierse und Michael Müller hatten in knappen Punkten die Ziele der SPD und ihre Erfolge in der Großen Koalition umrissen. Burgi Hänelt rief dazu auf, auf die Straße zu gehen und vor allem auch die Frauen gezielt anzusprechen. „Lasst uns die Ärmel hochkrempeln und kämpfen“, so Heidemarie Fischer. „Und für den Erfolg sorgen, den die SPD verdient.“ **BS □**

➔ <http://www.erfahrung.sozial-und-demokratisch.de/>

Kita:

# Qualität trotz Kostenfreiheit

## SPD-Fraktion hält an Beschluss zur Gebührenfreiheit fest - Kritik an Linkspartei

**Carola Blum, Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Abgeordnetenhaus und designierte Nachfolgerin von Heidi Knake-Werner als Sozialsenatorin, ist noch nicht im Amt, da verabschiedet sie sich schon von gemeinsamen Beschlüssen. Obwohl in den Haushaltsberatungen die Ausweitung der Beitragsfreiheit für Berliner Kinder in Kindertagesstätten um weitere zwei Jahre, der Rechtsanspruch auf einen Teilzeitplatz im letzten Kitajahr und eine bessere Qualität auf der Tagesordnung stehen, opfert sie vorschnell die Beitragsfreiheit. In der aktuellen Diskussion, Kindertagesstätten für alle beitragsfrei zu machen, fordert sie nun, dass Familien jenseits von Hartz IV doch bezahlen sollen.**

BEITRAGSFREIHEIT FÜR ALLE -  
GLEICHER BILDUNGSZUGANG

Für die SPD ist dies kein Weg. "Eines unserer wichtigsten Ziele für diese Wahlperiode war es, Kindertagesstätten als Bildungseinrichtung beitragsfrei zu machen. Das haben wir versprochen und an dieses Versprechen fühlen wir uns gebunden", so Sandra Scheeres, familien- und jugendpolitische Sprecherin der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus.

"Der Kern der Überlegung ist, dass bereits in der Kita wichtige Erziehung und Bildung vermittelt wird. Wir müssen endlich unser Auge dafür öffnen, dass Kita nicht nur Betreuung, sondern auch Erziehung und Bildung für Kinder ist. Das Recht auf Bildung und Teilhabe ist verfassungsrechtlich geschützt. Es muss für alle Bürger



Versprechen wird gehalten: Flyer der SPD-Fraktion zur Kitaentwicklung. Foto: SPD

unter gleichen Voraussetzungen erreichbar sein. Gleiche Bedingungen - das heißt Beitragsfreiheit für alle."

**SPD WILL QUALITÄT UND  
BEITRAGSFREIHEIT!**

Die Diskussion, die derzeit vom Landeselternausschuss, dem Kita-Bündnis und der rot-roten Koalition lebhaft geführt wird, bekommt damit noch einmal eine zusätzliche Wendung. In einer eigenen Befragung unter Kita-Eltern hatte der Landeselternausschuss herausgefunden, dass fast alle befragten Eltern lieber eine verbesserte Bildungsqualität als Beitragsfreiheit hätten. "Für uns ist die Frage schon falsch gestellt. Es geht eindeutig nicht um ein Entweder-

Oder. Wir brauchen Beitragsfreiheit in den letzten drei Kita Jahren und bessere Bedingungen für Erzieherinnen und Erzieher. Diese leisten schon jetzt hervorragende Arbeit in dem ihnen möglichen Rahmen - sie verdienen es, dass wir bessere Bedingungen für die Förderung unserer Kinder schaffen", so Sandra Scheeres. "Deshalb wollen wir auch eine Erhöhung des Erzieherschlüssels um 5%, damit sie Aufgaben, die u.a. das neu eingeführte Sprachtagebuch oder das Bildungsprogramm mit sich bringen, so gut wie möglich erfüllen können. Auch sind wir der Meinung, dass Kita-Leiter eine wichtige, umfangreiche administrative bzw. Managementfunktion erfüllen und deshalb ab einer Kitagröße von 100 Kindern freigestellt werden müssen."

BILDUNG UNABHÄNGIG MACHEN  
VON SOZIALEM STATUS!

Doch nicht nur eine Verbesserung der Qualität ist im Zentrum der Überlegungen. - Bis heute ist in der Bundesrepublik Deutschland - zuletzt auch von der UNESCO im internationalen Vergleich massiv kritisiert - Bildung und Teilhabe zu stark vom sozialen Standard und der Bildung im Elternhauses abhängig. Die Entscheidung, Interessen und Fähigkeiten zu fördern, liegt zumeist allein bei den Eltern, die häufig die Vielzahl der Möglichkeiten und Angebote nicht kennen. In der Kita können die Eltern über Erzieher und Einrichtung Informationen bekommen, die ihnen bei der Erziehung helfen und die ihnen auch Angebote zeigen, die ihre Kinder auch außerhalb der Kita individuell wahrnehmen können. Erzieher können Eltern Partner sein, indem sie frühzeitig und mit fachlichem Hintergrund Tipps für die individuelle Entwicklung ihres Kindes geben. Durch den Ausbau der Kitas zu Familienzentren werden diese zu Kontaktstellen für Eltern, die sich dort austauschen können.

SOZIALE BARRIEREN AUFHEBEN

"Wir wollen die sozialen Barrieren zwischen den Kindern aufheben und sie alleine rund um ihre eigenen Interessen und Fähigkeiten fördern. Beiträge stellen Zugangsbarrieren dar. Die Tatsache, dass Familien jenseits von Hartz IV Beiträge bezahlen sollen, stellt diesen Gedanken der sozialen Gerechtigkeit einfach nur auf den Kopf!", so Sandra Scheeres. "Unser Vorschlag ist bereits ein Kompromiss, mit weniger können wir die Familien in Berlin nicht abspeisen."

## Gegen Sanktionen

### Bündnis fordert eine andere Praxis der Job-Center

**Im Jahr 2008 wurden über 780.000 Sanktionen gegen Erwerbslose verhängt, weil sie Forderungen der Job-Center nicht erfüllt haben oder weil ihnen dies unterstellt wird. Ein überparteiliches Bündnis fordert jetzt ein Sanktionsmoratorium.**

„Ist schon der rigide Hartz-IV-Sanktionsparagraf mehr als problematisch, so führt die katastrophale Personalsituation in den JobCentern zu einer Praxis, die für die Betroffenen unzumutbar ist. Von den 2008 eingelegten Widersprüchen gegen Sanktionen waren 41 % ganz oder teilweise erfolgreich, von den eingereichten Klagen 65 Prozent“, heißt es in einem Aufruf. Zu den

Berliner Erstunterzeichnern gehören u.a. die Juso-Bundesvorsitzende Franziska Drohsel, die Abgeordneten Lars Oberg und Raed Saleh, Fabian Schmitz-Grethlein (Mitglied des SPD-Parteirats) und Ingo Siebert (Mitglied der Bezirksversammlung Tempelhof-Schöneberg).

In der Frage, ob die Hartz-IV-Sanktionen grundsätzlich gegen Grundrechte verstoßen, haben die Erstunterzeichner unterschiedliche Auffassungen. Einig sind sie allerdings, dass „angesichts der gegenwärtigen Zustände in den JobCentern der Vollzug von Sanktionen sofort gestoppt werden muss.“

PM □

➡ [www.sanktionsmoratorium.de/](http://www.sanktionsmoratorium.de/)

PM □

## Bildung:

# „Da kann man nicht klagen“

Holger Thärichen und Sandra Scheeres: „Kinderlärm nicht mit Preßlufthammer vergleichen“

**Mit einer Gesetzesänderung will die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses dafür sorgen, dass Kitas in Wohngebieten besser vor Klagen wegen Lärmbelastigung geschützt werden.**

Der neue Gesetzentwurf geht auf eine Initiative der SPD-Abgeordneten Holger Thärichen und Sandra Scheeres zurück. „Kinderlärm kann nicht mit Autolärm oder Pressluftämmern gleichgesetzt werden“, sagt Sandra Scheeres, jugend- und familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

Immer wieder war es in der Vergangenheit vorgekommen, dass Nachbarn von Kitas oder Anwohner von Spielplätzen vor Gericht zogen, weil sie sich von spielenden Kindern gestört fühlten. Vor Gericht setzten sie sich häufig durch: Kitas mussten ihre angestammten Räume verlassen, Sportplätze durften nur noch eingeschränkt genutzt werden. „Es kann nicht sein, dass alle Kitas an die Stadtgrenze ziehen müssen“, sagt Sandra Scheeres



Sandra Scheeres und Holger Thärichen. Foto: Horb

Die Föderalismusreform 2006 hat die Zuständigkeit für „verhaltensbedingten Lärm“ den Ländern übertragen. Das gibt Berlin jetzt die Möglichkeit, seine Immissionschutzrichtlinien so zu verändern, dass

Kinderlärm entsprechend berücksichtigt wird, erläutert der SPD-Rechtsexperte Holger Thärichen. Grundsätzlich soll der Lärm von spielenden Kindern „als sozial adäquate Lebensäußerung“ hingenommen werden müssen. Mit einer Änderung des Landes-Immissionsschutzgesetzes wird den Gerichten damit eine Orientierung gegeben, eine Prüfung im Einzelfall wird es dabei weiter geben. Kinderlärm wird zwar privilegiert, mutwilliger Lärm muss allerdings weiter nicht geduldet werden.

Eine Verdrängung von Kitas und Spielplätzen aus Wohngebieten soll damit verhindert werden. „Dies gilt im übrigen auch, wenn der Ganztagsbetrieb von Schulen zu einer steigenden Lärmbelastung der Anwohner führen sollte, sagt Sandra Scheeres.“

U. Horb □

## Leichtathletik-WM:

## „Ein Riesenerfolg für Berlin“

**Eine positive Bilanz der Leichtathletik-WM hat der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit gezogen. „Es war ein großer Erfolg für die Leichtathletik und hat zu einer Renaissance dieser Sportarten geführt. Und es war ein Riesenerfolg für die Stadt.“**

1984 Aktive aus 201 Ländern waren nach Berlin gekommen. Mit rund 400.000 verkauften Karten hat Berlin nicht nur die Besucherzahlen der vergangenen Weltmeisterschaften in Helsinki und Osaka bei weitem übertroffen - es waren so viele verkaufte Karten wie noch nie in der WM-Geschichte.

„Die Investitionsbank Berlin schätzt, dass 120 Millionen Euro mehr Bruttoinlandprodukt durch die Leichtathletik-WM entstehen“, so Klaus Wowereit. Das sichere Arbeitsplätze und schaffe neue. Von Berlin aus seien viele positive Bilder um die Welt gegangen. Dieser Imagegewinn werde sich in den kommenden Jahren auch in den Besucherzahlen niederschlagen.

Wowereit rechnet nicht mit einem großen Defizit bei der Leichtathletik-WM. „Die Stimmung war super, Berlin hatte ein sachkundiges und faires Publikum.“ Auch für andere große Sportereignisse habe sich die Stadt damit empfohlen.

Die eingeholte IAAF-Fahne des Leichtathletik-Weltverbandes wurde zum Abschluss an die Veranstalter der Weltmeisterschaft 2011 im südkoreanischen Daegu überreicht.

PM □

## „Brandt gehört zu Schöneberg“

Michael Müller fordert Verbleib der Ausstellung im Rathaus

**Als "abwegige Idee" hat der Berliner SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller den Plan bezeichnet, die Willy-Brandt-Ausstellung aus dem Rathaus Schöneberg in andere Räumlichkeiten zu verlegen. "Das politische Wirken Willy Brandts in Berlin ist untrennbar verbunden mit der Geschichte des Rathauses - hier hat er seine großen Reden gehalten und Staatsgäste empfangen, von hier aus wurde das berühmte Zitat Kennedys in die Welt gesendet", so Müller.**

Wenn jetzt Bernd Neumann und die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung den Umzug planen, müssen sie sich also nicht wundern, wenn ihnen parteiübergreifend Widerstand entgegen schlägt, erklärte der Berliner SPD-Vorsitzende. „Wer sich nur an

Besucherströmen orientiert, trifft eine im höchsten Maße unhistorische und technokratische Entscheidung.“

Müller: „Die Pläne, die Ausstellung zu beleben und zu modernisieren sind dagegen richtig und gut. Zu klären ist deshalb, wie diese Ideen im Rathaus Schöneberg umgesetzt werden können. Das ist der einzig gangbare Weg.“

BS □



Michael Müller.

## Ausstellung mit Wahlkampfthemen zur deutschen Frage

**Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung und die Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg präsentieren vom 2. September an die Sonderausstellung: "Die deutsche Frage im Spiegel der bundesdeutschen Wahlkämpfe von 1949 bis 1990".**

Die Plakatausstellung wurde von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg erarbeitet. Die Nach-

kriegsordnung und die politischen Debatten der Bundesrepublik nach 1949 spiegeln sich in der jeweiligen Wahlwerbung wider. Die Ausstellung will zugleich ermuntern, am 27. September zur Wahl zu gehen. BS □

➔ Eröffnung: 2. September 2009, 19.00 Uhr, Ort: Alt-Schöneberger Saal des Rathauses Schöneberg, John-F.-Kennedy-Platz, 10825 Berlin, Anmeldungen unter Tel.: 030/787707-0, Fax: -50 oder info@bwbs.de



Gedenken:

# Die Erinnerung bewahren

## Stolpersteinrundgang der SPD-Südstern mit Dr. Michael Nentwich und Salomea Genin

**"Eli, Eli, oh Gott, mein Gott lass, dass niemals vergeht der Sand und das Meer, das Rauschen des Wassers, der Blitz des Himmels und der Menschen Gebet" als Salomea Genin das Lied anstimmte, um den Opfern der Shoah aus unserer Nachbarschaft zu gedenken, waren alle Anwesenden tief berührt.**

Über 30 Bürgerinnen und Bürger waren am 9. August gekommen, um zusammen mit der SPD-Südstern in Kreuzberg den ersten Stolpersteinrundgang zu unternehmen. "Ziel des Stolpersteinrundgangs ist es, die Stolpersteine in den Kiez zu integrieren. Sie nicht nur liegen zu lassen, sondern sie zu pflegen und an die Verstorbenen zu erinnern", erklärt die Abteilungsvorsitzende Martina Hartleib.

Los ging es in der Graefestraße 3. Hier wohnten Jenny und Isidor Bukofzer. In ihren Akten findet man Informationen über den Vermögensstand und Mietforderungen für die Zeit nach der Deportation. "Letztlich Dinge, die einen Menschen nicht ausmachen. Doch wir wollen an die Namen erinnern, denn ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist", so Dr. Michael Nentwich, der sich auf Spurensuche begeben und die Lebensläufe unserer ehemaligen Nachbarn recherchiert hat.

Ab 1939 mussten Berliner Juden umziehen und wurden in "Judenwohnungen" zusammengepfercht. Die Wohnung der Bukofzers war so eine. Im Februar 1943 stürm-



Beim Reinigen der Stolpersteine: Björn Böhning.  
Fotos: Hartleib

te die SS die Wohnung der Bukofzers und verschleppte sie. Sie wurden am 17. März 1943 mit dem vierten großen Alterstransport nach Theresienstadt gebracht. Dort sind sie umgekommen. Am 17. Mai 1943 meldete Goebbels an Hitler: "Berlin ist judenfrei."

"Warum haben sich die Menschen denn nicht einfach versteckt?", fragte einer der Teilnehmer. "Um im Verborgenen zu überleben brauchte man mindestens drei Helfer. Die mussten bereit sein, ihr Leben zu riskieren. 11.000 Menschen haben in Berlin überlebt, da kann man sich ausrechnen, wie viele Helfer es gab", so Salomea Genin.

Zum Stolpersteinrundgang gehört auch

das Reinigen der Steine, deren goldener Glanz über die Jahre dunkel geworden ist: Tatkräftig ging der SPD-Kreisvorsitzende Dr. Jan Stöß ans Werk und putzte den ersten Stolperstein, der bald wieder golden glänzte. Den nächsten schrubhte Björn Böhning, SPD-Kandidat für Friedrichshain-Kreuzberg, sauber. "Wenn die Steine golden glänzen, dann wird den Verstorbenen gleich viel würdiger gedacht", zeigte sich Böhning überzeugt.

Der Stolpersteinrundgang endete in der Narr Bar. Hier erzählte Salomea Genin ihre spannende Lebensgeschichte. "Ich bin 1932 in Berlin geboren worden. Meine Mutter gab mir den Namen Salomea, da riet ihr die Krankenschwester, sie solle mich Loni nennen, damit nicht jeder gleich erkennen kann, dass ich Jüdin bin."

Die Kinder in der Nachbarschaft setzten Salomea zu und beschimpften und verprügelten sie, weil sie Jüdin war. Im Mai 1939 gelang der Familie die Ausreise nach Australien. Da war Salomea 6 Jahre alt und für immer geprägt.

Ihre Lebensgeschichte ist in ihrem Buch "Ich folgte den falschen Göttern" nachzulesen, das gleich von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern erworben wurde. Sie nutzten auch die Gelegenheit, um sich ihr Exemplar signieren zu lassen. Zum Schluss waren sich alle einig: Ein lehrreicher und interessanter Rundgang.

**Martina Hartleib, Abteilungsvorsitzende** □

Flughafen Tegel:

## „Frühzeitig über die Nachnutzung reden“

### Anwohnersorgen ernst nehmen - Jörg Stroedter lud zur Diskussion

**Eins machte der Bundestagskandidat Jörg Stroedter auf der Infoveranstaltung der Reinickendorfer SPD am 19. August über die Nachnutzung des Flughafens Tegel deutlich: „Die SPD nimmt die Bürgerinnen und Bürger Ernst. Wir streben eine Änderung des Bebauungsplans an. Dabei möchten wir alle Beteiligten aus der Anwohnerschaft, Wirtschaft, Forstamt, Flughafengesellschaft und Architekten in die Nachnutzungsdiskussion mit einbeziehen. Zudem möchten wir die Anlieger über planungsrechtliche Voraussetzungen aufklären. Die Fehler von Tempelhof sollen sich nicht wiederholen. Deswegen ist es richtig und wichtig, möglichst frühzeitig mit den Planungen zu beginnen.“**

Rund 50 Besucherinnen und Besucher waren ins Bernhard-Strässle-Haus der Arbeiterwohlfahrt (AWO) gekommen, um sich über die Nachnutzungskonzepte und speziell über die rechtliche Situation ihrer Wohnanlage zu erkundigen. Immerhin ging es um die Zukunft ihrer Grün-Parzellen, die einige mit Ausnahmegenehmigung auch dauerhaft bewohnen. Als Gesprächspartner standen neben Jörg Stroedter Peter Senftleben, SPD-Kreisvorsitzender und Rainer Hampel, ehemaliger Baustadtrat in Reinickendorf zur Verfügung.

Rainer Hampel beseitigte einige Unklarheiten: Ja, man wolle den Flächennutzungsplan so ändern, dass die Anlieger Rechtssicherheit über ihre Situation bekommen und hier langfristig wohnen bleiben können. Nein, man wolle nicht in unmittel-

barer Nähe Schwerindustrie ansiedeln. Auch bemühte er sich deutlich zu machen, dass sich die Anlieger keine Sorgen in Bezug auf Straßenausbau und damit verbundene Kosten machen müssten. „Erstens hat Berlin ohnehin kein Geld und zweitens würde der Senat wohl kaum in ihrer Siedlung mit dem Straßenausbau beginnen, in Anbetracht der Verhältnisse in denen sich mancherlei Hauptverkehrsadern befinden. Einen Straßenausbau wird es hier nicht geben und damit auch keine Straßenausbaukosten.“ Auch zur Erschließung des Geländes konnte er Beruhigendes mitteilen: „Wir beabsichtigen die Erschließung über die nördliche Landebahn, die ist über 40m breit, da kann man getrost eine Straßenverbindung herstellen. Ihre Siedlung bleibt davon unangetastet.“ **P.Wolf / D. König** □



Ingeborg Junge-Reyer:

## Gutes Klima für Berlin

**Der Klimawandel und seine Folgen sind heute ein zentrales Thema für das Zusammenleben der Menschen in den großen Städten. Berlin hat bereits seit über zwei Jahrzehnten auf dem Feld des ökologischen Bauens eine Vorreiterrolle.**

Vor allem die Sanierungsmaßnahmen in den Großsiedlungen in den östlichen Bezirken und in den Sanierungsgebieten haben den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in der Stadt erheblich gesenkt. Berlin hat seine Minde- rungsziele von 25 Prozent bis 2010 ge- genüber 1990 im Jahr 2005 bereits er- reicht. Ziel ist eine Reduzierung der CO<sub>2</sub>- Emissionen von mehr als 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990.

Jetzt tut Berlin noch einmal einen großen Schritt. Allein im Märkischen Viertel werden etwa 450 Mio. € für die energetische Sanierung aufgewandt. Hinzu kommen viele Maßnahmen vor al- lem an Schulen, Kitas und in öffentlichen



*Ingeborg Junge-Reyer ist Senatorin für Stadtentwicklung*

Bauen. Immer mehr Menschen leben in Zu- kunft in den Städten, wir müssen sie auch klimafreundlich organisieren. Dies reicht von der ausreichenden Versorgung mit Grünflächen in allen Gebieten der Stadt über eine klimafreundliche Mobilität durch öffentlichen und nicht-motorisier-

Kulturbauten, die im Rahmen des Konjunkturpro- gramms II umge- setzt werden. Hier hat Berlin, wie das Programm es vor- sieht, den Schwer- punkt auf die ener- getische Sanierung gesetzt.

Klimawandel be- deutet aus der Sicht der Stadtentwick- lung aber mehr als das ökologische

ten Verkehr bis hin zu einer Politik sparsa- men Flächenverbrauchs und der Vorgabe zum Einsatz erneuerbarer Energien beim Neubau. Die Senatsverwaltung für Stadt- entwicklung bereitet daher einen Stadt- entwicklungsplan Klima vor, der vor die- sem Hintergrund die klimatischen Bedin- gungen in den Berliner Stadtteilen unter- sucht und den möglichen Handlungsrah- men definiert.

Es werden in Zukunft die Städte beste Chancen haben, in denen auch das Klima gesund ist. Berlin hat hierzu beste Voraus- setzungen. Berlin verfügt auch in den zen- tralen Lagen bis heute über ausreichend freie Flächen. Mit seinen Grünanlagen, Wäldern und seinen Gewässern steht Ber- lin in der Spitzengruppe aller europäi- scher Städte. Das heißt, Berlin ist eine Stadt, in der es sich auch vom Klima her gut leben lässt – und Stadtentwicklungs- politik zielt darauf ab, auf diesen wirkli- chen Standortvorteil Berlins für die Zu- kunft verstärkt zu setzen.

**Ingeborg Junge-Reyer, Senatorin für Stadtentwicklung**

Klimaschutz:

# Planvoll zur klimafreundlichen Stadt

Berlin stellt sich den Herausforderungen - Senat setzt auf nachhaltige Strategien

**Der Befund ist eindeutig und die Pro- gnosen sind alarmierend: Der Klima- wandel wird in den kommenden Jahr- zehnten vor allem die Lebensqualität in den großen Städten bestimmen. In Berlin ist bis 2050 mit einem Tempera- turanstieg von etwa 2,5 °C zu rechnen, so die Studie „Klimawandel und Kul- turlandschaft Berlin“ die vom Pots- dam-Institut für Klimafolgenfor- schung im Auftrag der Senatsverwal- tung für Stadtentwicklung erarbeitet wurde. Das bedeutet: Extremereignisse wie Starkregen nehmen zu, es ist ver- mehrt mit langen Hitzeperioden, tropi- schen Nächten und Hitzetagen zu rech- nen. Wie stellt sich eine Stadt wie Ber- lin dieser Herausforderung?**

Zum Glück ist das Thema für Berlin nicht neu. Prinzipien des nachhaltigen und öko- logischen Bauens werden schon seit der In- ternationalen Bauausstellung 1987 ver- folgt. Der Senat hat dies seither in vielfäl- tigen Programmen und Gesetzen des Landes festgeschrieben und umgesetzt.

Das ökologische Bauen ist ein zentrales Element nachhaltiger Politik in Berlin. Schulen, Kindertagesstätten und Hoch- schulen, Theater, Museen und andere Kul- turbauten, Krankenhäuser, Sportbauten, aber auch Bauten für die Justiz – sie alle bieten optimale Bedingungen, um den

## Deutschland-Plan & Berlin

Mit seinem Deutschlandplan will Frank-Walter Steinmeier das Ziel Vollbe- schäftigung erreichen. Ein wichtiger Eck- Pfeiler dabei ist eine ökologisch orien- tierte Industriepolitik. Berlin geht mit gutem Beispiel voran.

ganzheitlichen Anspruch ökologischen Bauens zu verwirklichen. „Wir nutzen das Konjunkturpaket II vor allem für den Kli- maschutz. Das hilft kurzfristig der Berliner Bauwirtschaft und zahlt sich ökologisch wie ökonomisch für die Stadt aus“, sagt Berlins Stadtentwicklungssenatorin Inge- borg Junge-Reyer.

### KLIMAFREUNDLICHES BERLIN

Zur Strategie einer klimafreundlichen Stadt gehört aber auch, dass die Erwär- mung der Stadt soweit wie möglich abge- mildert wird und nicht einzelne Stadtteile durch hohe Temperaturen im Sommer be- sonders belastet sind. Hierfür wird gegen- wärtig ein Stadtentwicklungsplan Klima erarbeitet, der die klimatischen Bedingun- gen und notwendige Maßnahmen in den

Berliner Stadtteilen definiert. Ingeborg Junge-Reyer beschreibt das Projekt so: „Ber- lin ist mit seinen Grün- und Freiflächen und mit den gewaltigen Anstrengungen zur CO<sub>2</sub>-Minimierung schon heute an der Spitze der europäischen Metropolen. Wir wollen diesen Standortvorteil weiter aus- bauen.“ So zielt auch heute die Berliner Stadtentwicklungspolitik bereits auf die kompakte, räumlich komplexe, polyzentra- le und funktionsdurchmischte Stadt. Ein wesentlicher Aspekt hierbei ist eine ausrei- chende und quartiersbezogene Versorgung mit Grünflächen sowie eine Organisation der Bebauung, die den Durchzug von Kalt- luft zulässt. Die Konzentration auf die ge- wachsenen Stadtzentren senkt den Flächenverbrauch. Sie begrenzt zudem das Verkehrsaufkommen und schont damit die Ressource Energie.

Die klimafreundliche Stadt ist eine Her- ausforderung, die sich auf viele Themenfel- der bezieht, nicht zuletzt auf den Verkehr und auf die Mobilität. Dazu gehören ein gutes Angebot im öffentlichen Nahverkehr wie für das Rad und die Fußgängerinnen und Fußgänger. Es geht aber auch darum, die Stadt „zusammenzuhalten“ und die Suburbanisierung großen Stils anderer Metropolen zu vermeiden.

➡ Weiter Informationen unter [www.stadtentwicklung.berlin.de](http://www.stadtentwicklung.berlin.de)

## FRAKTION INTERN

**Forderungskatalog für Bahn und S-Bahn.** Die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses hat wegen der Einschränkungen bei der S-Bahn einen Forderungskatalog an die Vorstände der Deutschen Bahn AG und an die Geschäftsführung der S-Bahn Berlin GmbH aufgestellt.

"Der S-Bahn-Verkehr wird Schritt für Schritt wieder normalisiert. Das kann aber nicht dazu führen, dass bei der Deutschen Bahn und bei der S-Bahn Berlin GmbH wieder Business as usual einkehrt", betont der verkehrspolitische Sprecher und Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Christian Gaebler.

Die Forderungen: 1. Entlassung von Herrn Ulrich Thon und Herrn von der Schulenburg. Es muss nach wie vor Konsequenzen für die Hauptverantwortlichen der Mißere geben.

2. Rücknahme der Sparvorgaben und Gewinnerwartungen an die S-Bahn Berlin GmbH. Die völlig unrealistischen und vor allem vom verzweiferten Versuch einer Bilanzschönung für den Börsengang der Bahn erzeugten Sparvorgaben und Gewinnerwartungen an die S-Bahn Berlin GmbH müssen endlich offiziell und vollständig zurückgenommen werden.

3. Entschädigung für alle vom eingeschränkten S-Bahn-Verkehr Betroffenen.

4. Schnelle Serviceverbesserung bei der S-Bahn. Es muss sichergestellt sein, dass die Fahrgastinformation entweder durch vollfunktionstüchtige Anzeigetafeln oder durch Bahnsteigaufsichten im gesamten Netz gewährleistet ist.

5. Entsendung je eines Vertreters von Berlin und Brandenburg in den Aufsichtsrat der S-Bahn Berlin GmbH.

**Umsetzung des Konjunkturprogramms läuft.** Die Mittel des Konjunkturprogramms II werden in Berlin schnell und zügig umgesetzt. "Viele Aufträge sind bereits vergeben, in einigen Schulen haben die Bauarbeiten schon begonnen", sagt Christian Gaebler, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion. Mit 191 Maßnahmen sind nahezu alle Projekte im Bereich der Kindertagesstätten angelaufen. Bei den Schulen sind es 166, bei den Hochschulen 143 und den Bädern 12 sowie 77 Maßnahmen bei den Krankenhäusern.

Mit dem Controlling durch die Senatsverwaltung für Finanzen werde sichergestellt, dass kein Geld wegen Zeitablaufes verloren gehen kann. Insbesondere für die Berliner Schulen bedeuten das Konjunkturprogramm und die vom Land Berlin zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel einen deutlichen Sprung nach vorne bei der Sanierung und Modernisierung der Gebäude.

cs □



Dilek Kolat, Kurt Marzillier und Ingrid Fabisch.

## Blumen für Kurt Marzillier

Glückwünsche für Kurt Marzillier: Schon mit 12 Jahren wurde er im Januar 1928 Mitglied der Kinderfreunde.

Für seine damit inzwischen mehr als 80jährige Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie überreichte ihm die Tempelhof-Schöneberger SPD-Kreisvorsitzende Dilek Kolat jetzt Blumen und eine Ehrenurkunde. Die Berliner SPD, so Dilek Kolat, danke Kurt Marzillier für sein Engagement und seine Treue. **BS □**

## Impuls zur friedlichen Revolution

Michael Müller und Martin Gutzeit erinnern an ersten SDP-Aufruf

**Am 26. August 1989 wurde der Aufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR auf einem Menschenrechtsseminar in der Golgatha-Kirche erstmals öffentlich gemacht. Damit wurde ein wichtiger politischer Impuls gegeben, der letztlich zur friedlichen Revolution in der DDR und zur deutschen Einheit führte.**

„Die Initiative zur Gründung der SDP ist unter den Bedingungen eines Überwachungsstaates erfolgt, die Gründungsmitglieder mussten Inhaftierung und Verfolgung fürchten“, so der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller. „Deshalb kann ihr Engagement heute gar nicht hoch genug bewertet werden. Sie haben die Alleinherrschaft der SED offen angegriffen und sind für das sozialdemokratische Ideal einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft eingetreten. Die Sozialdemokraten in der DDR haben damit einen wesentlichen Anteil daran, dass die friedliche Revo-

lution in der DDR zum Erfolg führte. Seit 20 Jahren ist die Mauer weg und die Menschen kommen sich wieder näher. Seit 20 Jahren ist Berlin wieder Berlin. Damals wie heute steht die Berliner SPD für das Zusammenwachsen der Stadt.“

Martin Gutzeit, Mitinitiator der sozialdemokratischen Partei in der DDR: „Mit dem Aufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR wurde der Machtanspruch der SED und damit letztlich die DDR infrage gestellt. Denn eine solche Partei ließ sich nicht in das Machtgefüge der SED integrieren. Unser Aufruf enthielt Grundsätze, wie Staat und Gesellschaft zu einem pluralistischen System umgestaltet werden sollten. Wir wollten die Entwicklung hin zu einer parlamentarischen Demokratie und einem Rechtsstaat. Auch wenn die DDR-Staatssicherheit frühzeitig Kenntnis von dem Vorhaben hatte – unterdrücken konnte sie die sozialdemokratische Idee nicht mehr.“ **BS □**

## Lebendige Partnerschaft

Die Parti Socialiste in Berlin

**An zwei Wochenenden im September werden Genossinnen und Genossen aus Paris mit ihrem Vorsitzenden Rémi Féraud die SPD in Berlin besuchen und damit den seit 2003 bestehenden Partnerschaftsvertrag an der Basis mit Leben füllen.**

Friedrichshain-Kreuzberg und Charlottenburg-Wilmersdorf empfangen ihre Gäste vom 11. bis 13. September. Eine Woche später vom 18. bis 20. September folgen Mitte, Pankow und Tempelhof-Schöneberg. Erste Kontakte wird Reinickendorf zur Sektion im 18. Arrondissement knüpfen. Auf den dezentralen Programmen stehen kommunalpolitische Spaziergänge, Diskussions-Foren, Workshops, Veranstaltungen mit Bundestagskandidat/innen, Besuche im Abgeordnetenhaus, Reichstag und Willy-Brandt-Haus.

Genoss/innen aus anderen Kreisen kön-

nen an den Terminen teilnehmen. Nähere Infos auf den Internetseiten der Kreise sowie persönlich: Karin Pieper (Friedrichshain-Kreuzberg, karin\_pieper@web.de), Reinhard Naumann (naumann@charlottenburg-wilmersdorf.de), Svenja Gamp (Pankow s.gamp@spd-berlin-nordost.de), Andreas Nürnberger (Tempelhof-Schöneberg an@andreas-nuernberger.de), Peter Schuster (Mitte schuster-p@t-online.de)

**Peter Schuster □**

➡ **Termine vom 11. bis 13. September:**

Freitag 11.9., 14h Abgeordnetenhaus. Führung und Gespräche; Sonnabend 12.9., 10h Kommunalpolitische Tour Kreuzberg; Sonnabend 12.9., 17h Städtebaulicher Spaziergang Karl-Marx-Allee; Sonnabend 12.9., 18:30h Diskussion mit Björn Böhning im Café Sybille; Sonntag 13.9., 11h Kommunalpolitische Tour Friedrichshain

➡ weitere Termine nächste Ausgabe



Finanzpolitik:

# Konsequenzen aus der Krise

## Klaus Uwe Benneter: SPD setzt besseren Kleinanlegerschutz durch

„Leerverkäufe“, „Subprimekrise“, „Hedge-Fonds“, „Bad Banks“: Begriffe, mit denen vor einem Jahr nur wenige Menschen etwas anfangen konnten. Heute sind sie in aller Munde. Erstmals seit den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts haben wir es mit einer weltweiten Rezession ungeahnten Ausmaßes zu tun. Astronomische Beiträge geistern durch die Medien. Es geht um hunderte Milliarden Euro für Banken und gigantische Staatsverschuldungen. Regierungen in aller Welt versuchen mit Konjunkturprogrammen den wegbrechenden Wachstumswahlen der Wirtschaft und den steigenden Arbeitslosenzahlen entgegenzuwirken.

Auch in Deutschland hatte in den vergangenen Monaten das Krisenmanagement Priorität. Jetzt kommt es darauf an, die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen. In unserem Regierungsprogramm haben wir klar Position bezogen: Alle Märkte, Produkte und Akteure müssen reguliert werden. Die Vorarbeit zu diesen Vorschlägen haben Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück mit Grundsatzpapieren und der Projektgruppe „Transparenz und Stabilität auf den Finanzmärkten“ geleistet. Damit ist die SPD die einzige Partei mit einem umfassenden Konzept zur Regulierung der Finanzmärkte.

### KLEINANLEGER SCHÜTZEN

Die Finanz- und Wirtschaftskrise trifft nicht nur die Banken und die Unternehmen. Sie trifft auch viele tausend Kleinanleger: Viele haben ihr Geld verloren, weil sie sich über das Risiko ihrer Wertpapiere nicht im Klaren waren.

Franz Müntefering hat von einem älteren Ehepaar aus Hamburg berichtet: Die Beiden hatten 11.000 Euro angelegt, das Sparbuch lief aus. Sie bekamen einen Anruf von ihrer Bank, am Telefon war der nette Herr, der sie seit 40 Jahren immer ordentlich beraten hatte. Diesmal hatte er aber ein ganz besonderes Angebot: Es wäre doch schade, das Geld jetzt abzuheben, man könne es doch investieren, er hätte da einen Tipp: Wertpapiere der Lehman-Bank. Den Ausgang der Geschichte kennen wir: Auch dieses Ehepaar hat sein Geld verloren.

Ich habe mich schon mehrmals mit Geschädigten der Lehman-Bank getroffen. Vielfach wurden sie von Banken schlecht beraten und zum Kauf riskanter Papiere ermuntert, weil üppige Provisionen für die



Entschlossen gehandelt: Finanzminister Peer Steinbrück im Gespräch mit Klaus Uwe Benneter.  
Foto: Büro Benneter

Berater lockten. Immer wieder wurden Schutzvorschriften nicht eingehalten und die wichtigen Informationen in schicken Hochglanzprospekten verschleiert oder gleich komplett unterschlagen.

### HANDELN IN DER KRISE

Deshalb haben wir im Deutschen Bundestag noch kurz vor Ende der Legislaturperiode wichtige Schutzvorschriften für Anleger beschlossen: Künftig muss bei der Wertpapierberatung in einer Bank ein umfassendes Protokoll erstellt werden: Was will der Kunde? Was empfiehlt der Bankbe-

rater und warum? Kein Bankberater kann dann mehr fälschlich behaupten, er hätte über alle Risiken aufgeklärt. Oder der Kunde sei schuld, weil der sich nicht klar genug ausgedrückt hätte. Findet die Beratung am Telefon statt, hat der Anleger künftig sogar ein einwöchiges Rücktrittsrecht, wenn das ihm nach dem Telefonat zu übersendende Protokoll Fehler oder Lücken haben sollte.

Das Beratungsprotokoll hilft den Kleinanlegern auch vor Gericht: Einmal haben wir mit dem Gesetz das Sonderverjährungsrecht für Banken beim Wertpapierhandel abgeschafft. Und wenn der Anleger die Bank auf Schadensersatz wegen Falschberatung verklagt und das Protokoll unschlüssig oder lückenhaft ist, muss die Bank jetzt beweisen, dass sie umfassend und vollständig beraten hat. Bisher war es für viele Kleinanleger fast unmöglich, der Bank eine solche Falschberatung noch Jahre später nachweisen zu können.

Bankenlobby und CDU/CSU haben bis zuletzt versucht, das Vorhaben zu verwässern. Aber ein „Weiter so!“ darf es nicht mehr geben. Auch wenn einige schon wieder zur Tagesordnung übergehen wollen, bleibt es dabei: Den riesigen Schaden, den maßloses Profitstreben und ungezügelter Geldgier angerichtet haben, muss der neu zu wählende Bundestag durch umfassende Regulierung der Märkte, der Finanzanlagen, der Akteure und ihrer Vergütungen verhindern. **Klaus Uwe Benneter** □

## „Politisch insolvent“

### Harald Christ kritisiert Guttenberg-Papier

**Als "politisch insolvent" hat Harald Christ, Berliner Unternehmer und im Team Steinmeier für Mittelstandspolitik zuständig, Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) bezeichnet. Auf Geheiß von Bundeskanzlerin Angela Merkel habe der Wirtschaftsminister sein so genanntes Industriepolitiches Gesamtkonzept nach harscher öffentlicher Kritik zurückgezogen - offenbar aus Angst vor der eigenen Courage.**

"Diese Blaupause für Schwarz-Gelb will der Minister vor der Wahl nun nicht mehr vorlegen", so Harald Christ. "Zu groß ist die Sorge, dass die Menschen dem wirtschaftsradikalen Kurs von Union und FDP nicht folgen wollen. Denn die Abkehr von Mindestlöhnen und eine deutliche Verschlechterung des Kündigungsschutzes ist das, was Merkel zusammen mit der FDP wirklich will - nichts anderes als eine Neuauf-

gabe der Leipziger Beschlüsse von 2005." Das verworfene Papier jetzt als „Stoffsammlung“ einiger Beamter abzutun, sei ein Beleg mehr dafür, dass Frau Merkel und die Union den Menschen keinen reinen Wein einschenken wollen, was bei einem Wahlsieg von Schwarz-Gelb wirklich auf sie zukomme, so Harald Christ. "Nach der Wahl holen sie dann die Rute aus dem Sack. Die arbeitenden Menschen in Deutschland werden das zu spüren bekommen."

Die SPD setze mit ihrem Deutschland-Plan auf innovatives Wachstum, das zu mehr Arbeitsplätzen führt, betonte der SPD-Politiker. "Ein Schwerpunkt ist die sparsame und wirksame Nutzung von Energie und Rohstoffen. Dieser Bereich macht 40 Prozent der industriellen Produktionskosten aus, während Lohnkosten nur mit 25 Prozent zu Buche schlagen. Deshalb: Runter mit Energiekosten statt runter mit Löhnen." **BS** □

Internetsperren:

# Immense Politisierung im Netz

„Zugangerschwerungsgesetz“ erschwert den Zugang zur SPD

**Familienministerin von der Leyen erntet für ihr „Zugangerschwerungsgesetz“ gute Schlagzeilen und lässt sich feiern. Doch der Schein trügt. Nicht umsonst haben bis Mitte Juni 134.014 Menschen eine Petition unterzeichnet, die sich gegen dieses Gesetz ausspricht. Diese vielen Menschen sind zutiefst besorgt über die Schaffung eines möglichen Zensurmechanismus, der weit über kinderpornographische Inhalte hinausgeht.**

Gleichermaßen sind auch die Opferverbände gegen dieses Gesetz, weil es kinderpornographische Inhalte nicht gänzlich löscht, sondern nur sperrt und damit sowohl Umgehungsmöglichkeiten zulässt, als auch die Opfer sexueller Gewalt wieder einmal nicht konsequent genug in Schutz nimmt, geschweige denn, ernst nimmt. Der aktuelle Ansatz des "Löschen vor Sperren" ist zu unspezifisch formuliert und kann, auch von den Opfern sexueller Gewalt, nicht akzeptiert werden.

Die Sperren in Form eines Stoppschildes sind nachweislich leicht umgehbar und haben den Charakter eines "Mantels des Schweigens", den man "wie in Familien, in denen ein Missbrauchsfall auftaucht über die Sache legt und nicht hinsieht", wie es Christian Bahls, Gründer der Initiative "Missbrauchsopfer gegen Internetsperren" ausdrückt. Die Bundesregierung vollziehe im Großen nach, was im Kleinen in den Familien geschehe. Daher muss ein klares Bekenntnis zum Grundsatz "Löschen statt Sperren" her. Sperren haben keinen Effekt, sondern höchstens eine zweifelhafte Alibifunktion. Kinderpornographische Inhalte im Internet müssen gelöscht werden!

Es erscheint geradezu zynisch, dass ein Thema, das so heikel ist, offenbar unter

dem Deckmantel der guten Sache, als Vorwand für weitergehende Zensur im Netz dient. Der Name "Zugangerschwerungsgesetz" ist hierbei besonders hervorzuheben. Ein Filetstück für Zyniker.

Es kommt hinzu, dass durch die Geheimhaltung der Sperrlisten beim BKA der Eindruck entsteht, eine Zensur auch anderer Internetangebote sei möglich. Auch hier sprechen Experten schon von den diversen anderen Industrien, die in den Startlöchern liegen, um BKA und Politik zuzurufen, was sie gesperrt sehen wollen. Viele sehen die Familienministerin inzwischen als "Zensursula".

Auch der SPD-Online-Beirat wies explizit darauf hin, dass die SPD sich mit der Zustimmung zu diesem Gesetz für die digitale Generation unwählbar macht und sich dies auch schon bei der nächsten Bundestagswahl niederschlagen wird. Trotzdem haben nur drei Bundestagsabgeordnete der SPD-Fraktion gegen dieses Gesetz gestimmt. Gerade die SPD sollte sich jetzt von der CDU/CSU abgrenzen und rechtzeitig die Relevanz dieses Themas erkennen.

Wir waren eine der ersten Parteien, die das Internet für sich entdeckt hat, mit "meinespd.net" ein eigenes soziales Netzwerk geschaffen und mit diversen Internetauftritten Wahlkampfmöglichkeiten offen gelegt hat. Wir können uns nicht den Anstrich des Fortschrittes geben, wenn wir einem Gesetz zustimmen, das darauf angelegt ist, diesen Fortschritt einzuschränken.

Im Online-Dienst "Twitter" schrieb ein Nutzer kurz nach der Abstimmung über das Gesetz die Nachricht: "Ihr werdet euch noch wünschen, dass wir politikverdrossen sind.". Dieses sollte als Warnung verstanden und vor allem ernst genommen wer-

den. Die immense Politisierung der Internetgemeinde ist ein Fakt.

Am 12.9. gipfelt diese Politisierung in einem ersten Höhepunkt. Der bundesweiten Großdemo "Freiheit statt Angst" zu der unzählige Initiativen aufrufen. Die SPD bisher leider noch nicht. **Felix Bethmann** □

AGS:

## Finanzpolitik mit Augenmaß

**Die Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS) spricht sich in der momentanen Situation gegen weitere Steuersenkungen aus, die über die von der SPD angestrebten Entlastungen hinausgehen.**

Die auf dem Bundesparteitag der SPD beschlossene Senkung der Einkommenssteuer für untere Einkommensgruppen auf 10 Prozent ist notwendig und richtig. Gerade diejenigen, die jeden Euro zum Bestreiten ihres Lebensunterhaltes einsetzen müssen, verwenden die ihnen zusätzlich verbleibenden Beträge unmittelbar für notwendige Ausgaben. Auch der angestrebte optionale Lohnsteuerbonus bedeutet eine wirksame Entlastung und Entbürokratisierung.

Die im Rahmen des Konjunkturpakets II beschlossenen steuerlichen Entlastungen für Unternehmen bei der Mehrwertsteuer, die Einführung einer Sanierungsklausel sowie weitere Verbesserungen nehmen Forderungen der AGS auf.

Weitere Senkungen von Steuern vor allem für die oberen Einkommensgruppen, wie sie allen voran die FDP und auch CDU/CSU fordern, sind derzeit keinesfalls zu verantworten. Die durch die Finanzkrise notwendig gewordenen Mehrausgaben führen bereits jetzt zu einer erheblichen Neuverschuldung von 320 Milliarden Euro bis 2013. Eine weitere Kreditaufnahme zur Finanzierung von Steuersenkungen führt zu einem Anstieg der Zinssätze aufgrund der hohen Kreditnachfrage von staatlicher Seite. Wer heute wie die Union und die FDP angesichts der aktuellen und noch nicht vollständig überschaubaren finanziellen Belastungen weitere Steuersenkungen fordert, handelt verantwortungslos. Es geht nicht an, die Rückführung von Verbindlichkeiten und damit eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auf künftige Generationen zu verschieben. **Jörg Schintze, Bundesvorsitzender der AGS** □

## POST AN DIE BERLINER STIMME, MÜLLERSTR. 163, 13353 BERLIN

SCHULREFORM:  
GLEICHWERTIG ODER NICHT?

Es ist schon nicht mehr begreiflich, wie ein Professor und Spitzenpolitiker in einem Atemzug erklären kann, Berlin schaffe "zwei gleichwertige Schularten" um im nächsten Satz zu erklären, wer schnell, selbständig und gut lerne, könne aufs Gymnasium gehen, "wer mehr Unterstützung braucht, wer intensive Hobbies pflegt oder...mehr Freizeit haben möchte", geht auf die integrierte Sekundarschule.

Härter kann man die Zweitklassigkeit dieser Schulform ja wohl nicht ausdrücken. Selten hat ein Sozi so drastisch seine Ehrfurcht vor dem Gymnasium und den Abscheu über die Alternative dazu heraushängen lassen. Die Gymnasiallehrer und -verbände wird es freuen, die anderen Bildungsvorteiler, Lehrer und Eltern lässt so ein Spruch, wütend, ja fassungslos zurück. So verdient sich Berlins SPD ihre knapp 20 Prozent.

**Stefan Grönebaum, Vater dreier Söhne** □



# 1989: Debatte um die Deutschlandpolitik

Vor 20 Jahren forderte Ehrhart Körting das „Ende der Rücksichtnahme auf die SED“

**„Zeit für eine neue Deutschlandpolitik“ war ein Beitrag in der BERLINER STIMME am 26. August 1989 überschrieben, der innerparteilich neue Akzente setzte und Diskussionen auslöste. Autor war der heutige Innensenator Dr. Ehrhart Körting.**

Mit ihren Kontakten in die DDR und zur SED hatten in der Vergangenheit gerade auch Berliner Sozialdemokraten wie Harry Ristock und Alexander Longolius dafür gesorgt, dass es zu einer neuen Gesprächskultur kam, dass Begegnungen auf vielen Ebenen möglich wurden, die Grenze zumindest etwas durchlässiger wurde. Auf der Suche nach politischen Lösungen war bis dahin die SED der Ansprechpartner, eine „Wandlung von innen“ das Ziel.

Nun, so forderte es Körting, sollte ein Umdenken einsetzen und die SED nur noch als Gesprächspartner „für kurzfristige humanitäre Probleme“ akzeptiert werden. Das gemeinsame Papier zwischen SPD und SED über eine neue Kultur des politischen Streits, von der SPD auch als Unterstützung und Rückhalt für reformorientierte Kräfte in der SED gedacht, war in den Schubladen der SED verschwunden und für Körting „ein Flop“. „Die heutige SED-Führung“, so Kör-

ting im August 89, „besteht nicht nur aus alten Männern (warum sollten nicht auch alte Männer gute Politik machen können), sondern aus Männern, die alte Politik machen.“

Die Konsequenz lautete für ihn: „Ich glaube, dass die Zeit der Rücksichtnahme vorbei ist. Die Neuformulierung einer Politik gegenüber der DDR sollte darauf gerichtet sein, alles zu unterstützen, was eine Umgestaltung der DDR zu einem demokratischen Staat fördert. Das bedeutet nicht nur eine Verstärkung der Kontakte zu allen gesellschaftlichen Organisationen in der DDR, die für die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger stehen.“ Körting schlug auch vor, die Einwanderungspolitik der Bundesrepublik zu überdenken, um der SED nicht länger das Abschieben aller kritischen Kräfte aus der DDR zu ermöglichen. Ein Punkt, der durch die sich überschlagenden Ereignisse in der DDR und die Ausreisewelle letztlich keine Rolle mehr spielte, der SED allerdings signalisierte, dass sie sich mit ihrer Politik isoliert hatte. Ja mehr noch: Nachdem die Teilung Deutschlands aus Sicht der anderen europäischen Staaten lange Jahre ein eher stabilisierendes Element war, weil sie deren Sicherheitsbedürf-

nissen entsprach, könnte, so Körting, „in Zukunft die Innenpolitik der DDR zu einem möglichen Sprengsatz in Mitteleuropa werden“.

Körting schlug vor, dass sich ein „ganz wichtiger Teil unserer deutschlandpolitischen Initiativen“ auf die Sowjetunion, auf Polen und Ungarn richten müsse, die Länder, die mit der Umgestaltung ihrer Gesellschaften bereits begonnen hatten. „Der Druck zur Veränderung der DDR muss aus unseren bilateralen Beziehungen kommen und aus denjenigen Staaten des Ostblocks, die zu den Ursprüngen des Sozialismus - und das sind sozialdemokratische Ursprünge - zurück wollen.“

Körting gehörte in den folgenden Wochen zu den ersten Berliner Sozialdemokraten, die Kontakte zur Bürgerrechtsbewegung aufbauten. Innerparteilich allerdings erntete er auch Widerspruch. „Ohne eine Veränderung der SED wird es keine Entwicklung hin zu demokratischen Umgestaltungsformen in der DDR geben“, warnte Andreas Wehr, damals Mitglied im zuständigen deutschlandpolitischen SPD-Fachausschuss im September 89. Ein historischer Irrtum, wie wenige Wochen darauf klar war. **Ulrich Horb** □

## Trauer um Elsa Mattick

Ehefrau des ehemaligen Landesvorsitzenden Kurt Mattick ist tot

**Elsa Thiele, spätere Ehefrau von Kurt Mattick (1908-1986), wurde am 22. November 1910 als viertes Kind einer sozialdemokratisch denkenden und politisch aktiven Arbeiterfamilie geboren. Während Elsa in Berlin zur Welt kam, haben ihre Geschwister Theo, Leni und Hanni in Magdeburg das Licht der Welt erblickt. Vater Theo Thiele hatte wegen seiner sozialistischen und gewerkschaftlichen Aktivitäten das Zentrum Sachsen-Anhalts verlassen müssen.**

Magdeburg wie Berlin waren Hochburgen der Arbeiterbewegung. In der Reichshauptstadt hatte die SPD vor dem Ersten Weltkrieg über 100.000 Mitglieder. Es darf nicht vergessen werden, dass die SPD nicht allein die sozialen und politischen Interessen der Facharbeiterschaft vertrat, sondern generell für die Menschen- und Freiheitsrechte „aller“ kämpfte. Die hohe Politisierung auch des sozialdemokratischen Familienlebens zeigte sich geradezu beispielhaft an der in Wedding angesiedelten Familie Thiele, die in ihren Kreisen einen hohen Bekanntheitsgrad hatte und ein gutes Ansehen genoss. Alle vier Thiele-Kinder

lernten einen Beruf (Elsa das Schneiderhandwerk) und wurden Mitglieder der Arbeiterjugend (SAJ)

In den Reihen der SAJ lernten Elsa, Leni und Hanni Thiele ihre späteren Männer - nämlich Kurt Mattick, Wilhelm Zerndt und Alfred Gottlieb - kennen und lieben. Das Ende der Weimarer Republik 1933 wirkte sich auch unmittelbar auf das Leben von Familie Thiele aus. Elsas Bruder Theo Thiele (1906-1974) engagierte sich in der sozialistischen Untergrundgruppe "Neu Beginnen", er wurde 1936 verhaftet und im Jahr darauf zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Kurt Mattick, bis 1933 Betriebsvertrauensmann der Metallarbeitergewerkschaft, betätigte sich in der illegalen Berliner SPD. Und hier vornehmlich in der Weiterführung der verbotenen SAJ, die sich bei Wochenendausflügen in der freien Natur unbeobachtet zusammenfand, frei diskutierte und den alten Idealen die Treue hielt.

Im Januar 1938 wurde ihr erstes Kind geboren. Im März 1942 gesellte sich mit der kleinen Haidi eine Schwester hinzu. Die ältere Tochter erzählt, wie sehr sie den Mut ihrer Eltern bewundert, trotz gesellschaftli-

chen Drucks keine Nazifahne aus dem Fenster zu hängen. Im Mai 1945 war der Krieg zu Ende, Deutschland von der Diktatur befreit. Sofort gingen die Sozialdemokraten an den Aufbau. Erneut war die Demokratie in Gefahr: Die Sowjetunion und die stalinistische KPD-Führung wollten über den Lockruf der Arbeitereinheitspartei (SED) die SPD vereinnahmen. Die Sozialdemokraten Berlins wehrten sich mit einer Urabstimmung im Frühjahr 1946 erfolgreich und sie führten den Freiheitskampf während der Blockade. Kurt Mattick war 1946 Berliner Stadtverordneter, dann Mitglied des Abgeordnetenhauses und seit 1953 des Bundestages, wo er bis 1980 wirkte. All dies - wie auch die Tätigkeit an der Spitze der Berliner SPD - hätte er ohne die Aufopferung und Rückendeckung seiner Frau nicht durchführen können. Es kam ihm zugute, dass er nicht allein eine ihn liebende Ehefrau, sondern auch eine politisch denkende Ehefrau, an seiner Seite hatte. Elsas Hoffen auf eine erfüllte gemeinsame Zeit nach Kurts Ausscheiden aus der Politik (1980) ging leider nicht in Erfüllung. Kurt Mattick starb am 1986 Die Geburt von Enkeln und Urenkeln zu erleben, deren Besuche und Anteilnahme ihr stets Glück bedeuteten, all das erfüllte ihr Dasein. Am 6. August starb sie.

**Hans-Rainer Sandvoß** □

## T ERMIN E

- Mechthild Rawert, MdB, **Mechthild Rawert am Infostand der 6. Abteilung am Schöneberger Winterfeldplatz**, Samstag, 29. August 2009, um 10.00 Uhr, Winterfeldtstraße/Ecke Maaßenstraße, Schöneberg
- SPD Mitte, **Kinderstraßenfest**, Samstag, 29. August 2009, von 14.00 bis 19.00 Uhr, Nordufer am Pekinger Platz, 13353 Berlin
- Mechthild Rawert, MdB, SPD Tempelhof-Schöneberg, **Fahrradtour "Rote Speiche"**, Sonntag, 30. August 2009, von 11.00 bis 15.00 Uhr, Start: Gasometer, Torgauer Str., 12101 Berlin, Ziel: Tempelhofer Hafen, Café Porto Tempelhofer
- Björn Böhning, Ein **historischer Rundgang zu den Stätten des Faschismus und Widerstands**. **Björn Böhning unterwegs mit Ingeborg Junge-Reyer**, Bürgermeisterin von Berlin und Senatorin für Stadtentwicklung. Sonntag, 30. August 2009, um 15.00 Uhr, Treffpunkt: Topographie des Terrors, Wilhelmstraße Ecke Niederkirchnerstraße, 10969 Berlin-Kreuzberg

- Mechthild Rawert, MdB, Ceciliengärten: Gartendenkmal und Wohndiyl, **Friedenauer Spaziergang mit Gudrun Blankenburg** und Mechthild Rawert, Treffpunkt: Ceciliengärten 27/Ecke Semperstraße (Torbogen) in Friedenau, Schöneberg, Sonntag, 30. August 2009, von 16.00 bis 17.30 Uhr, Die Teilnahme ist kostenfrei. Anmeldung telefonisch unter 72013884, per Fax 720 13 994 oder per E-Mail an mechthild.rawert@wk.bundestag.de.
- SPD Reinickendorf, **Literatessen - Mythos Georges Brassens**, Gespräche, Musik, Ton- und Filmbeispiele mit Menü zum Sonntag, 30. August 2009, um 18.00 Uhr, Reservierung unter ? 030/39504090 030/39504089, Eintritt 7 €, Ratskeller Reinickendorf Eichborndamm 215 - 239, 13437 Berlin
- SPD Berlin, **Mitgliederforum mit Klaus Wowereit und Michael Müller**, Montag, 31. August 2009, um 19.30 Uhr, Rathaus Schöneberg, Willy-Brandt-Saal, John-F.-Kennedy-Platz, 10820 Berlin, Meldet Euch bitte telefonisch an unter: 4692-222 oder unter: [www.spd-berlin.de/mitgliederforum](http://www.spd-berlin.de/mitgliederforum)
- Mechthild Rawert, MdB, **Die mündige Patientin - das Patientenrechtegesetz**, Mechthild Rawert und die Beauftragte der Bundesre-

gierung für die Belange der Patienten und Patienten, Helga Kühn-Mengel, Montag, 31. August 2009, um 17.00 Uhr, Gründersaal des Vivantes Auguste-Viktoria-Klinikums, Rubensstraße 125, 12157 Berlin

- Jusos + AfA SPD Mitte, **Ausbildung in Krisenzeiten: Schutzschirm pro Zukunft oder falsche Rezepte?** Diskussion mit Dr. Eva Högl, MdB und SPD Bundestagskandidatin in Berlin Mitte, Sven Globig, BVG, Personalrat, ver.di, und Alexander Sempff, BSR, Auszubildender, und Serkan Sternberg, AfA SPD Mitte, Dienstag, 1. September 2009, um 17.30 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr.163, 13353 Berlin, (S- + U-Bhf. Wedding)
- Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V. und das Kulturforum der Sozialdemokratie. **Erinnern für die Zukunft. Ein Filmabend zum Gedenken an den Beginn des Zweiten Weltkrieges**. Dienstag, 1. September 2009, um 19:30 Uhr, Willy-Brandt-Haus, Stresemannstr. 28, 10963 Berlin (U-Bhf. Hallesches Tor, Bus M41) |Eintritt frei, Ausweis erforderlich. Bitte anmelden unter: [presse@freundeskreis-wbh.de](mailto:presse@freundeskreis-wbh.de)
- Wolfgang Thierse, MdB, **Thierse trifft ... Bundesumweltminister Sigmar Gabriel**,

# Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten



Mittwoch, 2. September, 18.30 Uhr. Pfefferberg - Haus 13, Schönhauser Allee 176, 10119 Berlin

■ ASF Berlin, **Landesfrauenkonferenz**, Mittwoch, 2. September 2009, um 18.00 Uhr, Rathaus Schöneberg, BVV-Saal, John-F.-Kennedy-Platz 1, 10825 Berlin

■ AG Migration, **Halbzeit bei Rot-Rot - wo steht die Integrationspolitik in Berlin?** Diskussion mit Saleh, MdA integrationspolitisches Sprecher der SPD-Fraktion und Günther Piening, Beauftragter für Integration und Migration des Berliner Senats | Mitgliederversammlung 20.15 Uhr, Mittwoch, 2. September 2009, um 18.30 Uhr - Einlass ab 18.00 Uhr SPD Berlin, Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

■ Wolfgang Thierse, MdB, **Wahl- und Informationsparty zu Weichenstellungen für die Interessen und Rechte von Menschen mit Behinderungen**, Donnerstag, 3. September 2009, um 16.00 Uhr, Kulturbrauerei, Schönhauser Allee / Sredzkistr., 10435 Berlin

■ SPD Reinickendorf, **Politik für Menschen - Detlef Dzembritzki zieht Bilanz eines politischen Lebens**, Sonntag, 6. September 2009, um 18.00 Uhr, Reservierung unter 030/39504090 u. 030/39504089, Eintritt 7 €, Ratskeller Reinickendorf Eichborndamm 215 - 239, 13437 Berlin

■ SPD Treptow-Köpenick, **Wirtschaftsfaktor Einzelhandel**, Diskussion mit Nils Busch-Petersen, Hauptgeschäftsführer Handelsverband Berlin-Brandenburg e. V., und Kajo Wasserhövel, Bundestagskandidat für Treptow-Köpenick, und Robert Schaddach, MdA, Montag, 7. September 2009, um 20.00 Uhr, Ratskeller Köpenick, Alt-Köpenick 21

■ Wolfgang Thierse, MdB, **Thierse trifft... die Journalistin und Autorin Jutta Voigt**, Dienstag, 8. September 2009, um 18.00 Uhr, Café Mirbach, Behaimstr. 64, 13086 Berlin, Wolfgang Thierse begrüßt die Journalistin und Autorin Jutta Voigt bei "Thierse trifft...". Jutta Voigt wird aus ihrem Buch "Westbesuch" lesen und mit Wolfgang Thierse und dem Publikum diskutieren.

■ Björn Böhning, **Lesung mit Günter Grass**, Dienstag, 8. September 2009, von 11.00 bis 12.30 Uhr, Berlinische Galerie, Alte Jakobstraße 124 - 128, 10969 Berlin

■ Friedrich-Ebert-Stiftung / DGB, **Diskussionsveranstaltung zu "20-Jahre Mauerfall: Konsequenzen für die Frauen(-politik)".** Mit Christine Bergmann, Bundesministerin a.D., Inge Wettig-Danielmeier, ehemalige ASF-Vorsitzende, Eva Kunz, ASF-Vorsitzende DDR 1989, Vera Morgenstern, ver.di., Dienstag, 8. September 2009, von 16.30 bis 19.00 Uhr, Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 1, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin-Tiergarten, Anmeldung bis 1. September 2009, Email: [forumpug@fes.de](mailto:forumpug@fes.de) oder [www.fes.de/forumpug](http://www.fes.de/forumpug)

■ Selbst Aktiv-Netzwerk behinderter Menschen in der SPD, **Rückblick und Ausblick - Gespräch mit Martin Marquard** am Ende seiner Amtszeit über die Arbeit als Landesbehindertenbeauftragter, Mittwoch, 9. September

2009, um 16.30 Uhr, AWO Landesvorstand, Blücherstr. 62, 10961 Berlin (Erdgeschoss)

■ Wolfgang Thierse, MdB, **...stellt sich den Fragen der Bürgerinnen und Bürger**, Mittwoch, 9. September, 19.30 Uhr, FreiZeitHaus Weißensee, Pistoriusstr. 23, 13086 Berlin

■ Petra Merkel, MdB, **Praktikum bei der Sprint Tankstelle**, Mittwoch, 9. September 2009, von 11.00 bis 13.00 Uhr, Sprint Tankstelle, Mecklenburgische Straße

■ Wolfgang Thierse, MdB, **Gehörlose fragen - Politiker antworten**, Wolfgang Thierse zu Gast bei einer Diskussionsveranstaltung des Fördervereins der Gehörlosen der neuen Bundesländer, Donnerstag, 10. September, 17.30 Uhr, Wilhelm-Mertens-Haus, Kulturbrauerei, Schönhauser Allee / Sredzkistr., 10435 Berlin

■ Wolfgang Thierse, MdB, **„Thierse trifft ...“ Michael Sommer, DGB-Vorsitzender**, Freitag, 11. September, 19.00 Uhr, Brotfabrik, Prenzlauer Promenade 3, 13086 Berlin-Weißensee

■ Kulturforum Stadt Berlin, **in der Reihe „Die Rede“ spricht Barbara Kisseler**, im Team Steinmeier zuständig für Kulturpolitik, Freitag, 11.9., 17.00 Uhr, Deutsches Theater Kammerspiele, Schumannstraße 13a, 10117 Berlin

■ Eva Högl, **Roter Bus in den Osram-Höfen mit Klaus Wowerit**, Freitag, 11. September, 16.00 Uhr

■ SPD Mitte - Abt. Schillerpark, **Kinder- und Stadteinfest mit vielen Gästen**, u. a. mit Eva Högl, Jörg-Otto Spiller, Michael Müller, Christian Hanke, Samstag, 12. September 2008, 14.00 bis 18.00 Uhr, Schillerpark, Edinburger Straße, Ecke Barfusstraße, 13349 Berlin

■ SPD Treptow-Köpenick, **Politischer Frühshoppen zum Deutschlandplan** mit Kajo Wasserhövel, Sonntag, 13. September 2009, um 10.00 Uhr, Ratskeller Köpenick, Alt-Köpenick 21

■ Björn Böhning, **Public viewing - TV Duell Frank-Walter Steinmeier und Angela Merkel**, Sonntag, 13. September 2009, ab 20 Uhr, Juso-Wahl-Lokal, Grünberger Str. 84, 10245 Berlin

■ AGS Spandau, **Russlandkreis**, Referent: Dipl. Ing., Akadem. Dipl. Wirt. Dr. Vitaly M. Shmelkov, Mittwoch, 16. September 2009, um 19.00 Uhr, Deutsch-Russische Wirtschaftsallianz (DRWA), Mauerstraße 22, 10117 Berlin. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, bitte anmelden unter [leo.grosskopf@gmx.de](mailto:leo.grosskopf@gmx.de),

■ Tempelhof-Schöneberg. Die **Projektgruppe i. Gr. bedingungsloses Grundeinkommen** trifft sich am Donnerstag, 24. Sept. 2009 um 19:30 Uhr, im Rathaus Schöneberg, Raum 2047 oder 2048, um über das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) weiter zu diskutieren. Diesmal stellt uns Herbert Wilkens vom Netzwerk Grundeinkommen das Bürgergeldmodell des Dieter Althaus, CDU, vor. Wer sich für die Mitarbeit interessiert, aber evtl. nicht teilnehmen kann, kann sich per e-mail unter [gue.schwarz@web.de](mailto:gue.schwarz@web.de) melden. Weitere Veranstaltungen sollen immer am letzten Donnerstag im Monat stattfinden

■ **Bundestagswahl, 27. September**, 8 bis 18 Uhr.

## TV-Tipps zur Wahl

**Donnerstag, 3. September 2009, 00:20 Uhr und 03:45 Uhr, RTL:** 2009 - Wir wählen: Das Sommerinterview - Peter Kloeppel im Gespräch mit Frank-Walter Steinmeier (SPD)

**Donnerstag, 3. September 2009 21:45 Uhr, ARD** (Wh.: 23:30 Uhr, ARD extra, 4. 9., 4:45 Uhr ARD, 5.9. 17.03 Uhr ARD extra): Der Herausforderer - Frank-Walter Steinmeier

**Dienstag, 8. September 2009, 21:05 Uhr, ARD** (Wh.: 23:30 Uhr, ARD extra): Wahlarena - Zuschauer fragen Frank-Walter Steinmeier

**Sonntag, 13. September, 20:30 Uhr - 22.00 Uhr, ARD, ZDF, RTL Sat1:** TV-Duell zwischen Frank-Walter Steinmeier und Angela Merkel.

## S PRECHSTUNDEN

■ **KLAUS UWE BENNETER**, Bürgerbüro, Schildhornstraße 91, 12163 Berlin-Steglitz, Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 81820878.

■ **DETLEF DZEMBRTZKI**, Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, Anmeldung erbeten unter Tel. 409 109 33 oder [info@dzembritzki.de](mailto:info@dzembritzki.de)

■ **DR. EVA HÖGL**, Bürgerbüro, Sonnenallee 124, 12045 Berlin-Neukölln. Bitte Termine erfragen und anmelden unter 687 20 83.

■ **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 313 88 82 oder per Mail [petra.merkel@wk.bundestag.de](mailto:petra.merkel@wk.bundestag.de).

■ **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin, Sprechstunde jeden 2. Freitag im Monat von 15.00 bis 18.00 Uhr und nach tel. Vereinbarung, Anmeldung bitte unter Tel. 72013884 oder [mechthild.rawert@wk.bundestag.de](mailto:mechthild.rawert@wk.bundestag.de)

■ **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, Europabüro, Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911

■ **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90.

-- Kreisbüro Marzahn-Hellersdorf, Blumberger Damm 158, 12679 Berlin, Anmeldung bitte unter Tel. 99401015.

■ **JÖRG-OTTO SPILLER**, Wahlkreisbüro, Raum 502, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder per E-Mail unter [joerg-otto.spiller@wk.bundestag.de](mailto:joerg-otto.spiller@wk.bundestag.de)

-- Bürgerbüro Lichtenberg, Rathausstr. 7, 10367 Berlin, Anmeldung unter Tel. 9760 6732 oder per Mail unter [andreas.buechner@spd.de](mailto:andreas.buechner@spd.de).

■ **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Ecopolicyade:

# „Entscheider von morgen denken vernetzt“

Petra Merkel unterstützt Wettbewerb - Berliner Friedensburg-Oberschule auf Platz 4

„Die aktuelle Wirtschaftskrise zeigt es: Vernetztes Denken wird in der globalisierten Welt von heute immer wichtiger“, sagt die Berliner Bundestagsabgeordnete Petra Merkel. Deshalb unterstützt sie seit einigen Jahren einen ganz besonderen Schülerwettbewerb: die Ecopolicyade.

Rund 90.000 Schülerinnen und Schüler haben seit 2005 im Rahmen des Wettbewerbs ecopolicyade gezeigt, dass sie mit komplexen Situationen umgehen und systemisch denken können. „Das Faszinierende am Computerspiel ecopolicy ist“, so Petra Merkel, „dass man genau verfolgen kann, welche Wechselwirkungen die jeweiligen Entscheidungen erzeugen. Das ist wahrlich anders als in der realen Politik!“ 2005 forderten schleswig-holsteinische Schülerinnen und Schüler die Bundestagsabgeordneten zu einem Wettbewerb her-



Petra Merkel bei der Ecopolicyade: Das Team der Friedensburg-Oberschule in Charlottenburg-Wilmersdorf wurde vierter. Foto: Büro Merkel

aus. „Wir haben haushoch verloren, aber an Erfahrungen gewonnen! Seitdem war es mein Ziel, nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein, das Computerspiel ecopolicy möglichst vielen Berliner Schulen als Lehr- und Lernform anzubieten“, sagt die Berli-

ner SPD-Abgeordnete. Im Juli haben sich nun die besten Teams aus allen Bundesländern in Berlin getroffen, um im gemeinsamen Denkwettbewerb den Bundessieger zu ermitteln. Politiker und Politikerinnen sowie Wirtschaftsvertreter haben den Wettbewerb begleitet, der u.a. von der Bundeszentrale für politische Bildung und der Berliner Stadtreinigung unterstützt wurde. Petra Merkel: „Die besten Regierungschefs Deutschlands kommen mit den Schülerinnen und Schülern der Theodor-Heuss-Schule Bielefeld aus Nordrhein-Westfalen. Das Berliner Team der Friedensburg-Oberschule in Charlottenburg-Wilmersdorf belegte den vierten Platz!“ Und das nächste Ziel? „Noch mehr Berliner Schulen sollten sich am nächsten Landesentscheid beteiligen! Wer das will, kann sich gern an mich wenden!“

PM □

➔ Büro Merkel: Tel. 313 88 82

## Gespräch und neue Ausstellung

KSH-Galerie: Michael Müller und Matthias Lilienthal diskutieren

**Das Kulturforum startet am Mittwoch, 9. September eine neue Veranstaltungsreihe in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus.**

Unter dem Titel „Galeriegespräche zu Kunst und Politik“ wird der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller an diesem Abend mit Matthias Lilienthal sprechen, der seit 2003 künstlerischer Leiter des Hebbel-am-Ufer ist. Beginn ist um 19.30 Uhr.

Nach der Ausstellung „Schöne Aussichten: Kunst als Meinungsfreiheit“ mit Grafiken und Fotografien von Klaus Staeck werden vom 4. September bis 2. Oktober Arbeiten von Architekturstudenten zur Erweiterung der Weddingener Stadtbibliothek am Leopoldplatz zu sehen sein. Diese Ideen sol-

len in die Diskussion um die Aufwertung der Müllerstraße als „Aktives Stadtzentrum“ einfließen, eine über mehrere Jahre angelegte Initiative der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, mit der Geschäftsstraßen in den Bezirken gestärkt werden sollen. Mit den Ideen zur Weddingener Stadtbibliothek, die im vergangenen Semester von Studenten der nahegelegenen Beuth-Fachhochschule entwickelt wurden, soll der öffentliche Diskussionsprozess mit Anwohnergruppen und Bezirkspolitikern angestoßen werden

BS □

➔ Ideen für die Weddingener Stadtbibliothek, 3. 9 bis 2. 10., geöffnet montags bis freitags von 11 bis 19 Uhr, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

## KULTURTIPPS

**Filmabend im Willy-Brandt-Haus.** Zum Gedenken an den 70. Jahrestag des Überfalls auf Polen zeigen der Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V. und das Kulturforum der Sozialdemokratie den Dokumentarfilm „Das Reichsorchester“ von Enrique Sánchez Lansch. „Wo verläuft der schmale Grat zwischen Unabhängigkeit und Mitschuld?“ Dieser zentralen Frage versucht der Film, der die Rolle der Berliner Philharmoniker in der Zeit des nationalsozialistischen Regimes behutsam beleuchtet, nachzugehen. Grußworte sprechen Ulrike Mer-ten, im Team Steinmeier für Verteidigungspolitik und Barbara Kisseler, im Team Steinmeier für Kulturpolitik.

BS □

➔ Filmabend: 1. September 2009, 19.30 Uhr, Willy-Brandt-Haus.